

# Elbkurier

Das offizielle Informationsblatt **CDU** Kreisverband Magdeburg

## Seite 3

Städtebauförderung  
nicht auslaufen lassen

## Seite 5

Heiligsprechung  
des Domfelsens

## Seite 7

ABP Maschinenbau  
auf Erfolgskurs

## Seite 8

Neues Naturschutzge-  
setz in Sachsen-Anhalt

## Seite 10

Streichung  
Sportförderung Ost

## Seite 16

Bessere Ausbildung  
an den Hochschulen

## Umzug

Da das Rathaus saniert wird, ziehen die Fraktionsgeschäftsstellen in das Haus IV, Bei der Hauptwache 4 - 6.

Die Fraktionsgeschäftsstelle der CDU-Ratsfraktion befindet sich seit dem 22.09.2003 im 2. Obergeschoss, Zimmer 4.19 und ist telefonisch weiterhin unter Tel.: 0391 5402871,

Fax: 0391 5402780 und per email [cdu\\_fraktion@stadt.mageburg.de](mailto:cdu_fraktion@stadt.mageburg.de) zu erreichen.

Postalisch ist die Fraktionsgeschäftsstelle unter der bekannten Adresse Landeshauptstadt Magdeburg, CDU-Ratsfraktion, 39090 Magdeburg erreichbar.

## “Die Türkei würde den europäischen Einigungsprozess sprengen”

**Elbkurier:** Herr Dr. Schnellhardt, Sie vertreten seit neun Jahren als Mitglied des Europäischen Parlaments die Interessen der Bürgerinnen und Bürger Sachsens-Anhalts. Wie sehen Sie Ihre Bilanz?

MdEP Schnellhardt: Als ich 1994 ins Europäische Parlament kam, hatte die Kommission noch das große Sagen. Heute sind die Gewichte anders verteilt. Durch den Amsterdamer Vertrag von 1997 hat sich die Bedeutung des Parlaments deutlich vergrößert. Heute besteht ein ungefähres Kräftegleichgewicht zwischen Europäischem Parlament, Kommission und Ministerrat.

**Elbkurier:** Was haben Sie in den Jahren konkret für die Bürger Sachsens-Anhalts bewirken können?

MdEP Schnellhardt: Es konnte erreicht werden, dass Sachsen-Anhalt die höchste Förderung erhält, die Landwirtschaft in den bestehenden Strukturen eine Existenzberechtigung besitzt und die soziale Entwicklung besonders unterstützt wird. Als Mitglied des Ausschusses für Umwelt, Verbraucher und Gesundheit habe ich mich für zahlreiche Verbesserungen beim Verbraucherschutz stark gemacht. So hat das Parlament eine einheitliche Gewährleistungspflicht von zwei Jahren, eine Verbesserung der Luftqualität durch höhere gesetzliche Abgasnormen erreicht und einheitliche Entschädigungsregelungen bei der Überbuchung von Flügen beschlossen.

**Elbkurier:** Warum nehmen viele Bürger diese europäischen Initiativen nicht wahr?

MdEP Schnellhardt: Weil die europäische Gesetzgebung in der Regel erst durch die Umsetzung der Mitgliedstaaten in nationales Recht wirksam wird. Vielen Menschen ist



Seit neun Jahren im Europaparlament in Straßburg: Dr. Horst Schnellhardt, hier im Gespräch mit Wilfried Köhler (re.). Foto: Birgit Uebe

daher nicht bewusst, dass mindestens 60% der Gesetze in Deutschland durch die EU veranlasst sind. Das zeigt die außerordentliche Bedeutung Europas für alle EU-Bürger.

**Elbkurier:** Vielleicht ist das für die meisten Wähler einfach zu abstrakt und zu weit weg. Was tun Sie neben Gesetzgebung noch für Ihre Wähler?

MdEP Schnellhardt: Viele Dinge werden natürlich nicht sichtbar. Aber ich habe mich z.B. sehr intensiv für viele Projekte im Lande eingesetzt, für Kranbau Köthen, für SKET und Gut Glüsig, um nur mal einige zu nennen. In diesen Fällen konnte ich als Vermittler die Interessen Sachsens-Anhalts durchsetzen helfen. Das gelingt natürlich nicht immer.

**Elbkurier:** Welche Möglichkeiten der Unterstützung hat ein Straßburger Abgeordneter?

MdEP Schnellhardt: Nach neun

Jahren kennt man eine Menge Leute. Gute Kontakte sind auf europäischer Ebene besonders wichtig. Leider gibt es in Brüssel viel zu wenig deutsche Beamte. Das macht es viel schwerer, deutsche Interessen erfolgreich zu vertreten.

**Elbkurier:** Wie kommt es zu dieser Situation?

MdEP Schnellhardt: In Deutschland gilt der alte Spruch: "Hast du einen Opa, dann schick' ihn nach Europa!" In vielen anderen Staaten ist das völlig anders. Da werden die Besten auf das europäische Parkett entsandt, um gezielt nationale Interessen zu vertreten. Da müssen wir in Deutschland gewaltig umlernen.

**Elbkurier:** Hat das auch mit der schwachen Stellung der deutschen Sprache auf EU-Ebene zu tun?

MdEP Schnellhardt: Vermutlich ja. Aber hier erwarte ich eine Stärkung durch den EU-Beitritt von zehn weiteren Staaten. *Fortsetzung Seite 2*

## Termine im Kreisverband

### September

Ortsverband

"Am Neustädter Feld"

30.09.2003, 19.30 Uhr

Pension "Zum Birkenweiler"

### Oktober

Ortsverband

"Am Neustädter Feld"

21.10.2003, 19.30 Uhr

Pension "Zum Birkenweiler"

Fachausschuss Schulbildung

23.10.2003, 18.00 Uhr

Hegelstraße 23

Fachausschuss

Stadtentwicklung und Verkehr

23.10.2003, 18.30 Uhr

Hegelstraße 23

CDU-Ball

24.10.2003, 19.00 Uhr

im "Ramada-Treff Hotel"

(ehemals Hansa-Hotel)

Hansapark 2

### November

Kommunalpolitische

Vereinigung

05.11.2003, 19.00 Uhr

Hegelstraße 23

Ost- und Mitteldeutsche

Vereinigung

12.11.2003, 18.00 Uhr

Hegelstraße 23

Gesamtmitgliedervers.

15.11.2003, 10.00-14.00 Uhr

im "Ramada-Treff Hotel"

Hansapark 2

### Dezember

Glühweinabend

der Vereinigungen

08.12.2003,

19.00 Uhr-21.00 Uhr

Hegelstraße 23

Ost- und Mitteldeutsche

Vereinigung

10.12.2003, 18.00 Uhr

Hegelstraße 23

## Horst Schnellhardt im Interview

Der Anteil der romanischen Sprachen sinkt dadurch auf 30%. Damit werden Französisch, Englisch und Deutsch auf europäischer Ebene in absehbarer Zeit gleichrangige Arbeitssprachen werden. Insbesondere Polen, Ungarn und die baltischen Staaten unterstützen diese Bemühungen.



**Elbkurier: Stichwort EU-Erweiterung: Ist die heutige EU mit 15 Mitgliedstaaten bereit zur Aufnahme weiterer zehn relativ armer Staaten?**

MdEP Schnellhardt: Zur EU-Osterweiterung sehe ich keine politische Alternative. Sie ist die logische Fortsetzung des europäischen Einigungsprozesses seit dem 2. Weltkrieg. Und sie ist zugleich die Verwirklichung des "europäischen Traums".

**Elbkurier: Aber viele Bürger befürchten eher den Albtraum. Sie nicht?**

MdEP Schnellhardt: Ich sehe auch für die neuen Bundesländer mehr Chancen als Risiken. Schon jetzt erwirtschaftet die EU mit den Beitrittsländern einen Überschuss von zehn Milliarden Euro pro Jahr. Die Wettbewerbsfähigkeit stimmt also. Und gerade die Ostdeutschen haben doch traditionell gute Kontakte zu den neuen Mitgliedstaaten. Die müssen nun konsequent genutzt werden, um die Vorteile der Erweiterung zu ergreifen, z.B. durch Joint-ventures.

**Elbkurier: Aber gerade die neuen Länder sind doch von der vollständigen Grenzöffnung am stärksten betroffen. Billige Arbeitskräfte könnten sogar bis Magdeburg pendeln und für Niedriglöhne arbeiten.**

MdEP Schnellhardt: Die Arbeitneh-

merfreizügigkeit kann bis 2011 ausgesetzt werden. Das heißt, wenn Deutschland den Antrag stellt, dürfen z.B. polnische Arbeitnehmer nicht auf den deutschen Markt. Da in Kürze auch in den neuen Mitgliedsstaaten europäische Gesetze gelten, z.B. im Umwelt- und Verbraucherschutz, wird der Lebensstandard auch in diesen Ländern steigen. Von einem größeren EU-Markt profitieren alle.

**Elbkurier: Und die oft genannte Kriminalität?**

MdEP Schnellhardt: Ein riesiges Problem. Die EU unterstützt deshalb seit Jahren den Aufbau von rechtstaatlicher Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichtswesen in den Beitrittsländern. Mit der Osterweiterung am 1. Mai 2004 verschiebt sich die Außengrenze der EU auch in dieser Hinsicht viel weiter nach Osten. Das schafft in Deutschland mehr Sicherheit, nicht weniger.

**Elbkurier: Mit dieser Logik müssten dann demnächst die Ukraine, Weißrussland und die Türkei Mitglied der EU werden....**

MdEP Schnellhardt: Nach dieser Erweiterung stellt sich die große Aufgabe, der Festigung und Stabilisierung der EU. Über den Beitritt Bosniens und Kroatiens kann man mit mir reden, aber die Diskussion über die Aufnahme der Türkei, der Ukraine, Weißrusslands und Ägyptens in die EU halte ich für wahnwitzig. Einerseits wird die Türkei von der Schröder-Regierung hofiert und ihr die baldige Aufnahme in die Gemeinschaft in Aussicht gestellt, aber andererseits ist die Abschiebung des Türken Kaplan in seine Heimat nicht möglich, weil ihn dort angeblich kein rechtstaatliches Gerichtsverfahren erwartet. Das ist schon eine verrückte Situation. Ich bin entschieden gegen die Aufnahme der Türkei in die EU. Die Türkei ist geografisch und geschichtlich kein europäischer Staat. Sie würde alleine durch ihre rasant wachsende Bevölkerung den europäischen Einigungsprozess sprengen. Zu Europa gehört Toleranz. Diese Tradition hat die Türkei nicht.

**Elbkurier: Wie soll die EU dann mit der Türkei verfahren?**

MdEP Schnellhardt: Seit Jahren besteht eine Zollunion mit der Türkei und ich befürworte eine erweiterte Zusammenarbeit, aber keine Vollmitgliedschaft. Hier gibt es übrigens interessante Lagerbildungen. Die britischen Konservativen sind für eine EU-Mitgliedschaft der Türkei, weil sie genau wissen, dass damit eine Vertiefung der Union unmöglich gemacht wird. Dann wird Europa zu einer Freihandelszone, mehr nicht. Das lehne ich ab!

**Elbkurier: Aber zuerst einmal stehen wir vor der Aufnahme von zehn neuen Mitgliedern, darunter Tschechien, das immer noch an den Vertreibungs-Dekreten festhält.**

MdEP Schnellhardt: Die Geschichte mit den Benes-Dekreten ist immer noch eine klaffende Wunde. Wir haben eine Studie machen lassen, die bestätigt, dass die Straffreiheit für alle Verbrechen im Zusammenhang mit der Vertreibung immer noch gilt und die Minderheiten immer noch nicht geschützt sind. Trotzdem habe ich für die Aufnahme Tschechiens gestimmt.



**Elbkurier: Das müssen Sie erklären!**

MdEP Schnellhardt: Tschechien hatte von allen zehn Beitrittsländern das schlechteste Ergebnis. Das ist ein klares Signal des Europäischen Parlaments. Aber letztlich haben sich doch viele Kollegen genau wie ich gesagt, die Tschechen haben sich hier verannt und kommen aus eigener Kraft nicht aus dieser Sackgasse.

*weiter auf Seite 3*

## Horst Schnellhardt im Interview

Sobald Tschechien jedoch in der EU ist, werden diese Fragen vor dem Europäischen Gerichtshof landen und dort nach rechtsstaatlichen Prinzipien geregelt werden. Das ist aus meiner Sicht die beste Lösung für Europa und seine Bürger.

**Elbkurier: Und wie geht es nach der Osterweiterung mit den Regionalbeihilfen für die neuen Länder weiter? Wird die Erweiterung auf dem Rücken der schwachen Regionen ausgetragen?**

MdEP Schnellhardt: Im Zeitraum von 1994 bis 1999 sind 5,2 Milliarden DM nach Sachsen-Anhalt geflossen und im laufenden Förderzeitraum fließen 3,2 Milliarden Euro. Meine Einschätzung ist, dass Sachsen-Anhalt trotz Erweiterung weiter die Höchsthilfe aus Brüssel erhalten wird. Unsere Zahlen sind einfach noch zu schlecht.

**Elbkurier: Welche Veränderungen stehen den EU-Bürgern durch die geplante Europäische Verfassung ins Haus?**

MdEP Schnellhardt: Ich denke, dass der Entwurf der Verfassung so



verabschiedet wird, wie er jetzt vorliegt. Das wird die europäische Entwicklung voranbringen und ihr einen neuen Schub geben. Viele Dinge werden dann durch Mehrheitsentscheidungen geregelt, das macht die EU viel effektiver. Außerdem erhält der Bundesrat ein eigenes Klagerecht. Das sichert den deutschen Ländern ein gewisses Mitspracherecht.

**Elbkurier: Werden Sie bei den nächsten Europawahlen am 13. Juni 2004 wieder als Kandidat für die CDU antreten?**

MdEP Schnellhardt: Es ist noch

Feuer da! Ich möchte den spannenden Prozess der Erweiterung weiter mitgestalten und werde deshalb bei den Wahlen wieder antreten.

**Elbkurier: Welche Themen stehen dann im Vordergrund?**

MdEP Schnellhardt: Wir müssen Neuregelungen bei der grünen Gentechnik treffen, damit Europa auf diesem wichtigen Zukunftsfeld endlich Weltklasse spielen kann. Ähnliches gilt für die Chemikalienpolitik. Verbote alleine reichen nicht. Weiterhin brauchen wir die höchste Förderung für Ostdeutschland. Und ich möchte mich stark machen, dass deutsche Städte vermehrt Städtepartnerschaften im Osten suchen. Das Wichtigste aber ist, die Integration der neuen Länder und die größere Europäische Union muss einen entscheidenden Beitrag für den Frieden in der Welt leisten und immer das Ziel der Vermehrung des Wohlstandes im Auge haben.

**Elbkurier: Herr Dr. Schnellhardt, viel Erfolg bei diesen Zukunftsprojekten und Danke für das Interview!**

## Wer die Städtebauförderung Ost auslaufen lassen will, gefährdet das Erreichte

Der Bauminister von NRW, Dr. Michael Vesper hat gefordert, die Städtebauförderung Ost so bald wie möglich auslaufen zu lassen und die Mittel an "bedürftige Regionen" umzuleiten. Dazu erklärt das stellv. Mitglied des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen Bernd Heynemann, MdB:

Wer Ostdeutschland absprechen will, nach wie vor eine - auch in Bezug auf den Bauzustand der Städte - bedürftige Region zu sein, kennt Ostdeutschland nicht und sollte sich zunächst informieren.

Nach wie vor sind die schweren strukturellen Fehlentwicklungen der ostdeutschen Städte, die diese zu DDR-Zeiten genommen haben, nicht in genügendem Maße korrigiert. Die DDR-Wohnungsbaupolitik produzierte riesige Plattenbau-Wohnstädte und veröden Innenstädte. Ende der 80er Jahre gab es in Ostdeutschland trotz Wohnungsnot mehrere hunderttausend unbewohnbare Innenstadtwohnungen

und einen bis zu 70jährigen Sanierungsrückstau in Altbaubestand und zugehöriger Infrastruktur. Die Ausreisewelle, die in den Jahren 1989 und 1990 lawinenartige Dimensionen annahm, hatte in diesen Zuständen eine ihrer Ursachen.

In den letzten 13 Jahren gelang es langsam, diese Tendenz der Abwanderung aus den ostdeutschen Städten abzumildern, nicht jedoch ganz einzudämmen. Die Innenstadtbereiche sind allmählich als Wohnlagen wieder attraktiv geworden, jedoch noch keinesfalls im dem Ausmaß, wie es für die langfristige Existenzsicherung besonders in mittelgroßen Städten (50.000-200.000 Einwohner) unabdingbar ist. Dies hängt mit der noch nicht abgeschlossenen Sanierung der Innenstädte und ihrer Ausrichtung auf moderne Bedürfnisse zusammen.

Wenn die Abwanderung aus den ostdeutschen Innenstädten nicht eingedämmt werden könnte, wären dann auch die bisher in dieses Ziel

investierten Mittel in den Sand gesetzt. Das darf nicht sein.

Erst die dringend notwendige weitere Aufwertung der ostdeutschen Innenstädte fördert Einzelhandel, Dienstleistungen und allgemein gewerbliche Wirtschaft. Nur mit wirtschaftlichen Aktivitäten entstehen Arbeitsplätze. Und nur Bewohner, die sich mit ihrer Stadt identifizieren und dort Arbeit haben, werden dort bleiben oder zuziehen. Für diese Aufwertung der Innenstädte in Ostdeutschland ist auch in den nächsten Jahren die Städtebauförderung für Ostdeutschland unverzichtbar und ohne Alternative.

Ich fordere daher den Bundesminister Stolpe auf, sich bald zu dieser Frage klar zu äußern und die durch den Populismus seines Kollegen aus NRW entstandenen Verunsicherungen auszuräumen. Bewohner und Unternehmen brauchen Planungssicherheit und klare Perspektiven.

*Bernd Heynemann, MdB*

**Zitat: Wie lange kann sich Deutschland die Fehler der SPD noch leisten?**

„Wir wissen, dass wir Fehler gemacht haben und dass wir wahrscheinlich auch wieder dabei sind, den einen oder anderen zu machen“. Franz Müntefering, Vorsitzender der SPD-Fraktion.

*Quelle: Focus vom 15.09.2003*

**Laurenz Meyer: "Schröder muss bei der LKW-Maut endlich die Reißleine ziehen"**

Als „Lehrstück für Schlampelei, gebrochene Zusagen und Missmanagement“ wird die Einführung der streckenbezogenen LKW-Maut dereinst in die bundesdeutschen Annalen eingehen.

Nachdem der Starttermin für die Einführung der Maut bereits vom 31. August auf den 2. November verschoben werden musste, droht jetzt eine weitere Verzögerung: Am Sonntagabend räumte Bundesverkehrsminister Manfred Stolpe in der ARD „erhebliche Schwachstellen“ des satellitengestützten Erfassungssystems ein. Einen Tag später bezifferte er die Chancen, den November-Termin einhalten zu können, auf nur noch „50:50“.

*Quelle: www.cdu.de*

### Impressum

**Herausgeber:**  
CDU-Kreisvorstand Magdeburg  
39104 Magdeburg  
Hegelstraße 23

**Redaktion:**  
Wilfried Köhler

**Layout/Satz:**  
Birgit Uebe, Medien- und Fotografiedesign

**Druck:**  
Harzdruckerei Wernigerode

## Bürgerbeteiligung in der Kommunalpolitik gefragt

In 13 Jahren Kommunalpolitik hat sich einiges in Magdeburg getan. Es sind teilweise widersprüchliche Entwicklungen. Durch erhebliche finanzielle Unterstützungen des Bundes und der Länder sind im Rahmen der Solidarpakte enorme Mittel in die Region geflossen.

Die arg gebeutelte Stadt hatte diese solidarische Hilfe extrem nötig. Einen Einwohnerverlust von fast 60.000 Bürgern, die dieser Stadt den Rücken gekehrt haben, ein Wegbrechen der industriellen Basis in der Stadt, sind Negativbeispiele. Die großen Maschinenbaubetriebe bilden schon lange nicht mehr das industrielle Rückgrat der Stadt. Da kamen solche "Fördermittel", wie die Bundesgartenschau 1999, genau richtig.

Dennoch konnte durch die bisherigen sozialdemokratischen "Stadtregierungen" keine Umkehr dieser Entwicklungen erreicht werden. Die Abwanderung der Menschen aus der Stadt geht weiter, die Arbeitslosigkeit hat sich auf hohem Niveau stabilisiert, es gelingt kaum, neue Arbeitsplätze zu

erschließen. Der Wohnungsleerstand wächst, ganze Viertel sind leergezogen.

Eines hat diese Stadt aber behalten, den unbedingten Willen der Bürgerinnen und Bürger, sich einzubringen in die städtischen Aufgaben.

Das Haushaltsdefizit von fast 50 Mio. Euro und damit verbunden der Zwang zu sparen, lässt viele Bürger engagiert in Diskussionsforen auftreten. Ob auf Betriebsversammlungen, bei der Bürgerbeteiligung zu Bebauungsplänen, auf Foren im Rathaus oder in der Presse, viele Bürger melden sich zu Wort. Es gibt kluge und gute Ideen aus der Bürgerschaft, die diese Stadt nach vorn bringen.

Bei den Sitzungen zur Schulentwicklungsplanung in den kommenden Jahren war viel Verständnis für die Probleme da. Da es immer weniger Schulanfänger gibt, soll man dann auch Schulen schließen. Die Konzentration auf sanierte oder neue Schulen ist richtig, um die besten Bedingungen für unsere Kinder zu haben. Hier muss das

Engagement der Eltern und Kinder weitergehen.

Viele Gewerbetreibende und Interessierte versuchen in einzelnen Stadtteilen wie z. B. in Buckau, Cracau oder Olvenstedt sich in Stadtteilplanungen einzubringen. Man möchte nicht nur mitbeteiligt werden, man möchte auch die Fördermittel in gute Projekte angelegt wissen. Dabei ist den meisten Bürgern durchaus klar, die Forderungen in den kommenden Jahren herunter zu schrauben.

Wir sind als CDU vor Ort und diskutieren mit. Wir unterstützen die Ungeduld der Bürger und fordern mit ihnen gemeinsam mehr Mittel für investive Vorhaben und den effizienteren Einsatz der Mittel. Müssen Parkplätze, die die Nutzung erfüllen, nochmals aufgewertet werden, wie im Neustädter Feld passiert? Wir sagen gemeinsam mit den Bürgern - Nein.

Auch beim Straßenausbau zeigt sich ein verstärktes Engagement der Bürger. Die Straßenausbaubeitragsatzung der Stadt sieht eine Bürgerbeteiligung ausdrücklich

vor. Die zu erwartenden normativen Kostenbelastungen werden ausgewiesen und zur Kenntnis gebracht. Die Bürger sollen ausdrücklich mitdiskutieren. Insbesondere bei dem Ausbau von Anliegerstraßen sollte die Stadt alles tun, um hohe Straßenausbaustandards zu senken. In Zeiten knapper Kassen ist der Bürger auch hier sehr hellhörig und fragt z. B., warum zwei Fußwege in wenig befahrenen und begangenen Straßen gebaut werden sollen.

Die CDU unterstützt deshalb solche Bürgermeinungen, die zu Kostensenkungen auch beim Ausbau von Anliegerstraßen führen. Eine gute Kommunalpolitik lebt nicht nur von einer regen Bürgerschaft, sondern auch von dem Gefühl derjenigen, dass sie ihre Anregungen durch die gewählten Vertreter im Rat vertreten wissen. Das kostbare Gut der kommunalen Selbstverwaltung gilt es auch in Zeiten knapper Kassen hochzuhalten.

*Reinhard Stern  
Fraktionsvorsitzender*

## Junge Union unterstützt Böhmers Reformkurs



13. Landestagung der Jungen Union Sachsen-Anhalt in Schierke. Die Nachwuchspolitiker fordern eine solide Finanzausstattung für die Gemeinden.

Am 19. Juli dieses Jahres fand der 13. Sachsen-Anhalt-Tag der Jungen Union in Schierke statt. Am Fuße des Brockens fanden sich rund 90 Delegierte sowie zahlreiche Gäste zu intensiven Beratungen zusammen.

Im Vordergrund der Diskussionen stand die inhaltliche Vorbereitung

der anstehenden Kommunalwahlen im Jahr 2004.

In seiner Funktion als Landesvorsitzender der Jungen Union gab Markus Kurze, MdL einen Bericht über die Aktivitäten des Landesvorstands seit seiner Wahl im November 2002.

Nach der Aussprache über die

geleistete Arbeit konnte der amtierende Bundesratspräsident und Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt, Prof. Dr. Wolfgang Böhmer zu einer Ansprache mit anschließender Diskussion begrüßt werden. In seinem Redebeitrag ging er auf die notwendigen Reformmaßnahmen, sowohl auf Landes- wie auch Bundesebene, ein. Er betonte, dass es bei den Sparanstrengungen kein Tabuthema geben dürfe. Einig waren sich alle Anwesenden, dass die bevorstehenden Reformschritte schnell und zügig umgesetzt werden müssen, wenn Deutschland nicht der kranke Mann Europas werden soll.

In einem Kommunalpolitischen Forum diskutierten Innenminister Klaus Jeziorsky, Fraktionschef Jürgen Scharf, Thales Bürgermeister und JU-Mitglied Thomas Balcerowski sowie der Vorsitzende des JU-Landesverbandes Braun-

schweig, Andreas Weber.

In der lebhaften Diskussion wurde auf die vielfältigen Aspekte kommunalen Handelns eingegangen. Insbesondere wurde der Begriff der kommunalen Selbstverwaltung angesichts der dramatischen Finanzlage der deutschen Städte und Gemeinden beleuchtet.

Eine dauerhafte Lösung würde nur eine sichere, auf dauerhaften und verstetigten Einnahmen basierende Finanzausstattung bieten.

Im Anschluss wurde der Leitartikel "Kommunale Handlungsfähigkeit stärken - Gemeinwesen gestalten" beraten. Besondere Themen-schwerpunkte sind die Förderung des Ehrenamtes, die Kommunalfinanzen, die Verwaltungsreform sowie die Auswirkungen der EU-Strukturpolitik. Mit diesem Leitartikel wurden die programmatischen Grundlagen für den anstehenden Wahlkampf gelegt.

*Foto und Text: Tobias Krull*

## Heiligsprechung des Domfelsens - das Umweltlatein Trittins

Wer sich wie Bundesumweltminister Trittin jüngst in Magdeburg um die Probleme vor Ort kümmern möchte, sollte zwei Dinge beherzigen: erstens ist es unser aller Bundesumweltminister und nicht nur der einer kleinen Schar von Elbe-Sandstrand-Aktivisten. Damit wäre es seine Pflicht gewesen, Befürworter wie Gegner gleichermaßen in sein Programm und seine Argumentation aufzunehmen. Stattdessen machte er aus seiner vorgefassten Meinung zur Elbe keinen Hehl und bediente mit seinem Auftreten nur das seiner Partei nahe stehende Klientel.

Ein zweiter aber viel wichtiger Punkt ist die Glaubwürdigkeit der Argumentation, mit der ein Minister vor Ort versucht Politik zu machen. Und hier war aus den Worten des Ministers überdeutlich herauszuhören, dass es ihm weniger um die Zusammenhänge zwischen Hochwasser und Elbeschifffahrt geht. Es geht ihm vielmehr um die Zielstellung, Elbe, Saale, Havel und Oder nicht wieder ihrer Bedeutung als Transportweg für die Wirtschaft zuzuführen. Als Begründung dafür muss die Behauptung herhalten, dass es sich bei Elbe und Oder um die letzten frei fließenden Flüsse Europas handelt. Und hier fängt die Umwelt-Klitterung an: Weder bei der Elbe noch bei den anderen Flüssen, insbesondere auch bei der Saale, handelt es sich um frei fließende Flüsse. In seinen Verlautbarungen spricht Trittin von der wahren Situation der Flüsse in unserer Kulturlandschaft - die Flüsse haben mit ihrer eingedeichten Bettführung nicht nur 85%, sondern sogar 95% ihrer ursprünglichen Überschwemmungsgebiete verloren. Elbe, Saale und Oder sind mit einem umfangreichen Bühnen- und Deichsystem ausgestattet, welches eine Besiedlung durch den Menschen im Laufe der Jahrhunderte erst ermöglichte. Wenn Herr Trittin hier von Umweltfrevel spricht, bricht er über die gesamte Zivilisation der letzten Jahrhunderte den Stab - schließlich haben die Menschen vom Fluss gelebt und mussten ihn bändigen. Nur so ist es im übrigen dem Umweltminister heute möglich, unbehelligt vom Hochwasser in dem von Spree und Havel durchflossenen



*Streitpunkt Domfelsens: Die Versöhnung von Ökologie und Ökonomie ist nicht in Sicht.*  
Foto: Birgit Uebe

Berlin zu residieren. Wenn der Minister dann die Erkenntnis hat, dass ein Rücksiedeln der Menschen vom Fluss nicht stattfinden muss, enthebt er die Bundesregierung immerhin der Sorge, nach dem Stadtbauprogramm Ost noch ein Hochwasser-Umsiedlungsprogramm Ost aufzulegen. Hier zeigt sich, dass die Verknüpfung des Problems Hochwasser mit der Flussregulierung eine unhaltbare Behauptung ist. Nicht umsonst sind die weitgehend regulierten Flüsse Rhein, Main, Neckar und Mosel gegen die Gefahr solcher Hochwässer besser gewappnet. Im Übrigen ist gerade die Regulierung des Elbestroms durch den Umflutkanal ein Beispiel für Klugheit unserer Vorväter.

Ich bezweifle, dass durch Herrn Trittin das Rad zum zweiten Mal erfunden werden muss. Um die Stauhöhen der Flüsse zu senken, ist es richtig, weitere Retentionsflächen anzulegen. Eine durchaus wichtige Maßnahme dafür wäre unter anderem die Absenkung des Wasserspiegels der Elbe um bis zu 20cm im Bereich des Domfelsens durch Glätten der Grate im Unterwasserbereich. Die "Heiligsprechung" des Domfelsens ist damit durchaus eine kontraproduktive Maßnahme gegen den Hochwasserschutz. Wie der Bühnen- und Deichbau der Schifffahrt zugute kommt, führt die "Entgratung" des Domfelsens mit seiner Aufweitung des Flussprofils ebenso zur Verbesserung der Schifffahrt wie auch des Hochwasserschutzes. Das pauschale Argument, dass Flussregulierung den Hochwasserschutz

hen. Sowohl Elbe als auch Saale haben Uferbefestigungen aus dem vorvorigen Jahrhundert, die dringend gewartet werden müssen. Die nun schon Monate andauernde Verhinderung dieser Maßnahme ist verhindert Hochwasserschutz und gleichzeitig verhindert Aufbau Ost. Insofern braucht es auch keine neuen Konzepte und Untersuchungen für die notwendigen Flussbaumaßnahmen.

Wer den Aufbau Ost nicht auf den Rad- und Paddelboottourismus reduzieren will, muss die Maßnahmen ergreifen, die sowohl die Flussschifffahrt auf Elbe und Saale als auch den Hochwasserschutz sichern. Alles andere ist nicht etwa Umweltpolitik sondern Aufgaben des umweltfreundlichen Schiffstransportes als Wettbewerbsalternative und damit ein weiterer Standortnachteil für den Osten. Oder ist Herrn Trittin verborgen geblieben, dass der Magdeburger Hafen noch zu DDR-Zeiten der zweitgrößte Binnenhafen Deutschlands war?

Gerhard Ruden, MdL

### Gutti's Party-Service

- Kalte Platten
- Kalte Büffets
- Warme Menüs
- Spanferkel & Krustenbraten



**Jetzt neu: Schlemmen wie bei Mutttern zu Hause**

*Gutti kocht selbst*

<b>Westheim</b>	<b>Wo?</b>	<b>Westheim, Neustädter Bierweg, 39110 Magdeburg</b>	
	<b>Wann?</b>	<b>jeden Mittwoch ab 16:30 Uhr</b>	
	<b>Was?</b>	● <b>Großes Eisbein,</b> Sauerkraut, Salzkartoffeln, Senf, Meerrettich	<b>7,50 €</b>
		● <b>Deftige Haxe,</b> Sauerkraut, Salzkartoffeln, Senf, Meerrettich	<b>7,00 €</b>
		● <b>Babyhaxe,</b> Sauerkraut, Salzkartoffeln, Senf, Meerrettich	<b>5,00 €</b>
	● <b>Pökelnacken,</b> Meerrettichsoße, Salzkartoffeln	<b>6,00 €</b>	

**Wir vermitteln Partyräume (25/50/60 Personen)  
Partyzubehör (Tische, Stühle, Geschirr u.v.m.)**

Bestellannahme: Di-Fr 10.00-18.00 Uhr und nach Vereinbarung  
Inhaber: B. Schulz, Zum Lindenweiler 45, 39110 Magdeburg

**Telefon: 0391 7221326**

## Existenzgründungen - ein Beitrag zum regionalen Arbeitsplatzangebot

In arbeitsmarktpolitischer Hinsicht sind Existenzgründungen wertlos, wenn sie nicht wettbewerbsfähig sind. Das betrifft besonders geförderte Gründungen in Branchen mit längerfristig stagnierender oder sinkender Nachfrage. In diesem Falle kommt es lediglich zu Verdrängungseffekten, ohne dass die neu geschaffenen Arbeitsplätze auf Grund der Marktnachfrage dauerhaft stabil und damit sicher sind. Hier ist der Einsatz von Arbeit und Geld, um Rahmenbedingungen für Existenzgründungen zu verbessern, arbeitsmarktpolitisch vergebens.

Um arbeitsmarktpolitische Erfolge durch Existenzgründungen zu erzielen, müssen zusätzliche wettbewerbsfähige Vollerwerbsarbeitsplätze geschaffen werden. Geeignet hierfür sind besonders technologie- oder wissensintensive Branchen, also Wachstumsmärkte und Märkte mit überregionaler oder internationaler Vermarktung der in Magdeburg produzierten Waren und Dienstleistungen. Das Beschäftigungswachstum bei technologie- und wissensintensiven Existenzgründungen ist deutlich höher als in anderen Branchen. Voraussetzung für solche Gründungen ist



Lutz Jäger bei der Vorstellung seiner Thesen zur Stärkung der Existenzgründungen im Fachausschuss Arbeit und Wirtschaft. Sein Plädoyer: Hochschulen als Brutstätten nutzen. Foto: Stephan Richter

eine breite Know-how-Basis der Gründer. Sie besteht aus einer fachspezifischen Ausbildung, betriebswirtschaftlichen Kenntnissen, Qualifikationen für unternehmerisches Handeln und gründungsrelevantem Wissen.

Einen erheblichen Beitrag dazu leistet neben der Ausbildung in einem hohen Maß die Berufserfahrung. Die Studien haben empirisch nachgewiesen, dass Existenzgründer ihre Unternehmen nach im Durchschnitt etwa 10-12 Jahren und im Umfeld ihrer Wohnorte gründen, also damit auch in der Nähe ihrer bisherigen

Berufstätigkeit.

Das Standortproblem von Magdeburg ist, dass derzeit die Zahl der für Hochschulabsolventen angebotenen qualifizierten Arbeitsplätze völlig unzureichend ist. Die Folge ist, dass die Mehrheit von ihnen dorthin abwandert, wo es ihnen adäquate Arbeitsplätze ermöglichen, erste Berufserfahrungen zu sammeln. Wenn sie sich nach einigen Jahren Berufserfahrung selbständig machen, werden sie es dann nicht mehr in Magdeburg tun, sondern dort, wo sie in berufliche Netzwerke eingebunden sind.

Entscheidende Voraussetzung für nennenswerte Zahlen von Existenzgründungen in technologie- oder wissensintensiven Branchen in Magdeburg ist, dass die Wirtschaftsförderung der Landeshauptstadt mittlere und größere technologieorientierte Unternehmen ansiedelt, damit die hiesigen Hochschulabsolventen nach dem Studienabschluss nicht mehr überwiegend abwandern, sondern vor Ort ihre Berufserfahrungen sammeln können. Dann wächst die Chance, dass nach einigen Jahren Berufserfahrungen die Existenzgründungszahlen in technologie- oder wissensintensiven Branchen in Magdeburg ansteigen.

Das Fazit lautet: Universität und Fachhochschule in Magdeburg sind grundlegend für die fachspezifische Ausbildung und den Erwerb gründungsrelevanten und betriebswirtschaftlichen Wissens. Existenzgründungen in technologie- und wissensintensiven Branchen können in Magdeburg bei erfolgreicher Ansiedlungspolitik mittel- und längerfristig arbeitsplatzwirksam werden.

Lutz Jäger, Vorsitzender des Kreisfachausschusses Arbeit und Wirtschaft

## Der weite Weg zur Arbeit



Bernd Heynemann, MdB.

Viele neue Begriffe und Inhalte durchdringen die Arbeits- bzw. Arbeitslosenswelt: Job-Floater, Hartz I und II, PSA, Bildungsgutscheine, ALG usw. usw.

Um sich ein Bild vom realen Stand

der Arbeitsangebote und Arbeitsvermittlung zu machen, war der Bundestagsabgeordnete Bernd Heynemann vor Ort im Arbeitsamt Magdeburg zum Gespräch mit Direktor Wolfgang Meyer. Fazit dieses sehr intensiven und informativen Gesprächs war, dass trotz vieler gut gemeinter Beschlüsse und Ansätze diese vor Ort in den Arbeitsämtern noch Umsetzungsschwierigkeiten und keine Arbeitsplätze bringen. Hier sind dann Initiativen der einzelnen Ämter in Zusammenarbeit mit den Ministerien und Kommunen gefragt.

Ein positives Beispiel nannte Wolfgang Meyer mit der Kooperation des Bauministeriums und dessen Minister Dr. Daehre zum Stadtbau in Magdeburg. Hier können über 1.000 Arbeitslose zum Ein-

satz kommen und langfristig Arbeit haben. Weitere Ideen in Zusammenarbeit mit der Stadt Magdeburg können, nachdem Arbeitslosengeld und Sozialhilfe 2004 zusammengelegt sind, Arbeitsgesellschaften sein, die im kommunalen Auftrag Arbeiten erledigen, die dem Gemeinwohl dienen. Dazu bedarf es aber noch einer Zustimmung der rot-grünen Regierungskoalition.

Ein weiterer Schwerpunkt des Gedankenaustausches war das Angebot der Bildungsträger. Hier wird sich langfristig auch der durchsetzen, der nicht nur fachspezifische, sondern auch auf die Erweiterung der EU nach Osteuropa bezogene Angebote vorhält. Das Thema Europa ist und bleibt

in der Vermittlung von Arbeit auch weiterhin im Fokus. Dabei darf es keine Rolle spielen, ob das Primat des Haltens von Fachleuten im eigenen Land Vorrang hat, oder ob Arbeit vermittelt werden kann. Ein teilweise schwieriger Spagat, der aber im Interesse der Arbeitssuchenden von den Ämtern geleistet wird, so Meyer. Die letzte Europa-Woche in Magdeburg war ein großer Erfolg, betonte der Direktor, denn von den 1.400 Interessenten konnten 400 europaweit vermittelt werden. Es tut sich also etwas im Osten. Dies weiterhin zu fördern, sagte auch der Bundestagsabgeordnete seine Unterstützung zu. Die Probleme, die Arbeitslosigkeit abzubauen, können nur gemeinsam und konstruktiv gelöst werden!

## Gute Auftragslage bei ABP Maschinenbau



"ABP Maschinenbau GmbH" kann sich trotz wirtschaftlicher Flaute auf dem internationalen Markt behaupten. Unsere Landtagsabgeordneten auf Besuch bei der Firma "ABP Maschinenbau GmbH" im Magdeburger Industriehafen. Wie kann sich ein bekanntes Magdeburger Unternehmen in der derzeitigen schwierigen wirtschaftlichen Lage auf dem Markt halten? Und wie stellt sich das Umfeld für das produzierende Gewerbe in der Stadt dar? Der Geschäftsführer der "ABP Maschinenbau GmbH", Herr Bauersfeld, berichtete den Abgeordneten entgegen dem allgemein vorherrschenden Trend über eine sehr gute Auftragslage. Diese günstige Situation beruht auf einem Auftrag zur Herstellung einer Bekohlungsanlage für eine Wärmekraftwerk in Schleswig-Holstein sowie eine Verladeanlage für ein Hartsteinwerk. Trotz der guten Auftragslage kann die Vermarktung der eigenen Produkte hingegen nicht befriedigen. Auffällig ist, dass sich insbesondere seit dem letzten Jahr eine Zurückhaltung im investiven Bereich bei Kunden und Verhandlungspartnern des Unternehmens beobachten lässt. Dabei kann sich die Produktpalette des Unternehmens sehen lassen.

Als das Unternehmen 1991 gegründet wurde, stellte das Unternehmen ein Typenprogramm elektrohydraulisch betriebener Scherarbeiten auf den Markt. Diese Produktpalette wurde seitdem gezielt weiter entwickelt und erweitert. Heute ergänzen die Entwicklung und die Herstellung von transportablen und insbesondere sta-

tionären Schüttgutförderanlagen mit flexiblen technischen Parametern das umfangreiche Angebot. Zum Zeitpunkt der Gründung verfügte das Unternehmen über lediglich 17 Mitarbeiter. Inzwischen sind es 32.

Diese Beschäftigtenzahl schließt 5 Lehrlinge ein, für deren Ausbildung der Betrieb verantwortlich zeichnet. Der Ausbildung wird aus der Sicht von Herrn Bauersfeld eine besondere Bedeutung zugesprochen und ist für ihn auch eine Selbstverständlichkeit. Ausgebildet wird zudem in interessanten Berufsfeldern. Auszubildende sind ein technischer Zeichner, drei Konstruktionsmechaniker sowie ein Facharbeiter für Bürokommunikation.

Die stetige Entwicklung der Stückguttechnik beruht unter anderem auf dem Export. Das hört sich für den Außenstehenden gut an, kann die Geschäftsleitung jedoch keineswegs befriedigen. Deswegen werden neue Möglichkeiten erörtert, um das Geschäft im Ausland auszubauen und weiterzuentwickeln. Ein weiterer Erfolg ist hierbei ein großer Engineering-Auftrag für eine Zuckerfabrik in der Türkei.

Großes Lob äußerte Bauersfeld über die Zusammenarbeit mit der Belegschaft. Dabei ist zu berücksichtigen, dass das Unternehmen nicht im Arbeitgeberverband organisiert ist. Dies bedeutet wiederum, dass im Unternehmen Haustarifverträge vereinbart werden, die sich auch problemlos bewerkstelligen lassen. Zudem wurde in der vergangenen Zeit das Leistungslohnprinzip eingeführt, das sich seit der Einführung bewähren konnte. Die-



Die CDU Landtagsabgeordneten in den Produktionsanlagen der "ABP Maschinenbau GmbH" im Industriehafen. Fotos + Text: Stephan Richter

se Vereinbarungen und die dazu gehörige vernünftige Einstellung der Belegschaft erlauben es dem Unternehmen, sich in der vorherrschenden schwierigen wirtschaftlichen Lage effizient zu verhalten und zu behaupten.

Jedoch wurde seitens des Geschäftsführers gegenüber den politischen Verantwortungs- und Entscheidungsträgern auf Landesebene auch Kritik formuliert. Diese

Kritik bezieht sich auf die aus seiner Sicht ungenügende Einflussnahme des Wirtschaftsministeriums auf Investoren, die mit großzügigen Landes- und Bundesförderungen ausgestattet werden. Diese Investoren müssten viel stärker dazu verpflichtet werden, einheimische Unternehmer als kompetente Lieferanten einzubeziehen. In anderen Bundesländern wird diese Verfahrensweise erfolgreich praktiziert.

### Unser Fertigungsprogramm:

- ◆ Anlagen für Schüttguttransport
- ◆ Gurtbandförderer
- ◆ Wellkantenförderer
- Projektierung, Konstruktion, Fertigung und Montage
- ◆ Elektrohydraulische Hubarbeitsbühnen

### Unser Serviceprogramm:

- ◆ Vermietung von Gurtbandförderern  
Länge 3-15 Meter, mit und ohne Fahrgestell
- ◆ Reparatur und UVV-Prüfung (n. VBG 14)  
von Hubarbeitsbühnen
- ◆ Lohnfertigung (Plasmaschneiden, Biegen,  
Schweißen, mechanische Bearbeitung)

# ABP



## MASCHINENBAU GMBH

Nonnenwerder 9, 39126 Magdeburg

Telefon: 0391 244540

Telefax: 0391 2445422

[www.abp-maschinenbau.de](http://www.abp-maschinenbau.de)

## Umweltschutz und wirtschaftliche Entwicklung sind kein Widerspruch

Zur Zeit befindet sich der Entwurf für das neue Naturschutzgesetz des Landes Sachsen-Anhalt in der Anhörung. Der neue Gesetzesentwurf versucht Schutz und Bewahrung der Natur sicher zu stellen und gleichzeitig eine Überregulierung zu Lasten der Wirtschaft zu vermeiden. Weiterhin finden die europa- und bundesrechtliche Vorschriften Eingang in die Gesetzgebung.

Umweltpolitik ist seit jeher eine Gemeinschaftsaufgabe der Europäischen Union. Eine ganz besondere Bedeutung bekommt der Umweltschutz 1997 im Vertragswerk von Amsterdam zugewiesen. Schon in der Präambel bekunden die Mitgliedsländer den festen Willen, dass Umweltschutz gegenüber dem wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt den Grundsatz der nachhaltigen Entwicklung zu berücksichtigen hat. Art. 2 präzisiert diesen Willen, denn die "Aufgabe der Gemeinschaft ist es, ... eine harmonische, ausgewogene und nachhaltige Entwicklung des Wirtschaftslebens, ... , ein hohes Maß an Umweltschutz und Verbesserung der Lebensqualität, ... zu fördern." Umweltschutz und Wirtschaftsentwicklung bedingen sich demnach gegenseitig.

Die bundesgesetzlichen Vorschriften ergeben sich aus dem im April des letzten Jahres in Kraft getretenen Bestimmungen des neuen Bundesnaturschutzgesetzes. Diese Vorschriften stellen eine ganz neue



Anforderung an den Umweltschutz dar. Ein Hauptanliegen des neuen Bundesnaturschutzgesetzes ist es gemäß § 3 einen Biotopverbund zu schaffen, der 10 Prozent der Landesfläche umfassen soll.

Weiterhin wurden die durch das Bundesgesetz vorgeschriebenen Grundsätze "der guten fachlichen Praxis" in den Gesetzesentwurf eingearbeitet, an die sich die Landwirtschaft bei der Bewirtschaftung und Nutzung von Flächen zu halten hat. Diese Grundsätze schaffen ein neues Verständnis gegenüber umwelt- und naturverträglicher Landwirtschaft.

Einen ganz neuen Stellenwert bekommt der Vertragsnaturschutz gegenüber der hoheitlichen Durchsetzung gesetzlicher Bestimmungen zugewiesen. Er fand in der bisherigen Gesetzgebung eine nur beiläufige Erwähnung. Auch hier wird von Seiten der SPD völlig zu Unrecht bemängelt, dass die Bestimmungen

gegen Bundesrecht verstoßen. Das Bundesgesetz betont jedoch in § 8 - Vertragliche Vereinbarungen - den besonderen Stellenwert vertraglicher Vereinbarungen. Darin heißt es: "Das Landesrecht stellt sicher, dass bei Maßnahmen zur Durchführung der im Rahmen dieses Gesetzes erlassenen Rechtsvorschriften geprüft wird, ob der Zweck auch durch vertragliche Vereinbarungen erreicht werden kann." Weiterhin verweist es darauf, dass die sonstigen Befugnisse der Naturschutzbehörden von dieser Regelung unberührt bleiben. Entsprechend finden diese Regelungen Eingang in das neue Landesgesetz. In § 7 - Vertragliche Vereinbarungen - wird bestimmt: "Bei allen Maßnahmen zur Durchführung des Naturschutzrechtes ist grundsätzlich Verträgen ... der Vorzug vor ordnungsrechtlichen Maßnahmen zu geben."

Damit wird den Betroffenen die Freiheit eingeräumt, eigene Möglichkeiten zur Durchsetzung gesetzlicher Bestimmungen zur Erreichung eines effizienten Naturschutzes zu gewährleisten. Auch hier gilt wieder der Grundsatz, Naturschutz soll nicht verordnet werden.

Weiterhin wurde die im Bundesnaturschutzgesetz enthaltene Begriffsdefinition aufgenommen, die bestimmt, was unter einem "Eingriff" zu verstehen ist.

Im neuen Landesnaturschutzgesetz werden deswegen in einer "Positivliste" Veränderungen genannt, die als Eingriff angesehen werden. Die bisher geltende Positivliste wurde jedoch im Zuge der Novellierung auf ein vernünftiges Maß reduziert. Maßnahmen wie die Beseitigung von öffentlichen Grünflächen im

besiedelten Bereich, Einrichtungen, durch die der frei Zugang zu Wald, Flur und Gewässern, die Beseitigung oder Veränderung der Bodenbedecke oder deren Versiegelung auf nicht bewirtschafteter Grünflächen im Außenbereich und das Aufstellen von Werbeträgern in der offenen Landschaft werden im Gesetzesentwurf nun nicht mehr aufgeführt. Ich glaube, ein Großteil der Leser wird mit mir darin übereinstimmen, dass durch den Wegfall dieser Auflistung keineswegs der gesamte Naturschutz in Frage gestellt werden muss.

Im Zuge der Novellierung des Landesnaturschutzgesetzes, werden jedoch weitere Möglichkeiten zur Deregulierung und zur Verfahrensbeschleunigung genutzt und eingearbeitet. Oberstes Ziel ist es, Maßnahmen im investiven Bereich nicht zu behindern, sondern deren zügige Umsetzung zu gewährleisten.

Zu erwähnen sind beispielsweise die Einrichtung von Biosphärenreservaten und Naturparks mittels einfacher Erklärung. Damit wird den Betroffenen das Recht zugestanden, selbst zu bestimmen, wie sie einen sinnvollen Naturschutz begreifen wollen.

Als besonders sinnvoll ist ebenso die Einführung von Ökokonten anzusehen, die im übrigen auch von der Opposition befürwortet wird. Für Investoren besteht nunmehr die Möglichkeit, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen losgelöst von der konkreten Investition zu erbringen, die auf den sogenannte Ökokonten gutgeschrieben werden. Als investitionsfördernd dürfte sich auch die § 24 Abs. 3 enthaltene Regelung auswirken. Sofern die Naturschutzbehörde als alleinige Genehmigungsbehörde auftritt, gilt die Genehmigung eines Eingriffes als erteilt, wenn über den Antrag nicht innerhalb von 2 Monaten entschieden worden ist.

bleibt als Fazit zu bemerken, dass Sachsen-Anhalt mit der Novellierung des Naturschutzgesetzes einen guten Weg einschlägt. Das wird mir wiederholt von Vertretern der Wirtschaft bestätigt. Mit dem neuen Gesetz wird der Regelungswut Einhalt geboten. Dieter Steinecke, MdL



Der Wörlitzer Park wurde vor einigen Jahren von der UNESCO zum Weltkulturerbe ernannt. Diese ausgedehnte Gartenanlage wurde im 18. Jahrhundert vom Fürsten Franz von Anhalt-Dessau geschaffen. Die Anlage war schon immer für jeder Mann zugänglich. Fotos: Birgit Uebe

## Mahnmal in Berlin gegen die Verbrechen der Vertreibung!

Wie drei Millionen andere Deutsche wurde ich 1946 mit meiner Familie aus der Tschechoslowakei vertrieben. Dabei kamen ca. 300.000 Deutsche ums Leben bzw. wurden umgebracht. Das war die Rache für die Verbrechen Deutschlands.

Auf einem Schiff wurden wir auf der Elbe nach Magdeburg gebracht, dort ausgeladen und dann in das Gefangenenlager Polte-Nord gebracht, in dem zuvor die Zwangsarbeiter untergebracht waren, darunter mein Brieffreund, Ernest Kan. So kreuzten sich zwei Lebenswege. Ich habe an dieses

Lager keine guten Erinnerungen: dunkle Baracken, Stacheldrahtzaun, Elektrozaun, Splittergräben, Berge von Munition, dunkler Dushraum. Hier hörte ich erstmals etwas von den Verbrechen in den Konzentrationslagern. Wir erfuhren, dass in den KZs aus den Duschen Giftgas kam. Und so hatte ich immer höllische Angst, wenn wir zum Duschen mussten, denn ich erwartete Gleiches. Doch es ging alles gut.

Ernest Kan wurde Opfer eines Verbrechens, der Vergewaltigung jüdischer Menschen in Europa während des 2. Weltkrieges. Und

auch ich wurde Opfer eines Verbrechens nach dem 2. Weltkrieg: der Vertreibung der Sudetendeutschen aus ihrer Heimat mit brachialer Gewalt.

Dem ersten Verbrechen wurden in vielen Ländern Mahn- und Denkmale gesetzt.

Wir heimatvertriebenen Deutschen fordern, endlich auch zur Erinnerung an das Verbrechen der Vertreibung mit etwa drei Millionen Toten ein Mahnmal in unserer Bundeshauptstadt Berlin zu errichten. Wie viele Menschen noch an den Spätfolgen der Vertreibung starben, ist nie ermittelt worden.

Allen Opfern der Vertreibung aus Tschechien, Polen, Slowenien, Serbien, Ungarn und der Slowakei sollte ein solches Denkmal gelten - den Lebenden zur Mahnung.

*Herbert Jellinek*

**Von 1945-1947 war die größte Völkervertreibung der Weltgeschichte. 15 Millionen Deutsche wurden aus ihrer Heimat Schlesien, Pommern, Danzig, Ost- und Westpreußen, Ost-Brandenburg, dem Sudetenland und den deutschen Siedlungsgebieten in Ost-europa vertrieben, ca. 2,8 Millionen verloren dabei ihr Leben.**

## Weltoffenheit - und das Wiehern des Amtsschimmels

Eine meiner Töchter studiert in England - und wie das Leben so spielt, hat sie ihren Freund Gareth dort gefunden. Nun hatte dieser die Absicht, zusammen mit ihr Deutschland und natürlich auch Magdeburg zu besuchen. Kein Problem für einen südafrikanischen Staatsbürger, der seit Jahren in England lebt und dort durch fleißige Arbeit seinen Lebensunterhalt als Regionalmanager einer größeren Gesellschaft verdient. Dachten wir bis zum Juli diesen Jahres ... Der Irrtum klärte sich bereits in Ansätzen auf, als die beiden zusammen Mitte Juli frühmorgens um ein Uhr vor der deutschen Botschaft in London die dortige Wartegemeinschaft personell verstärkten, in der Hoffnung, die VISA-Angelegenheiten im Laufe des Tages erledigen zu können. Bis auf die Kleinigkeit einer fehlenden "Verpflichtungserklärung" klappte das auch. Kurzes Telefonat zwischen Tochter und Vater, der dieses Formular in Deutschland besorgen sollte - und das Abenteuer nahm seinen Lauf!

Laut Auskunft der Botschaft sollte das Papier in Einwohnermeldeämtern u.ä. in Deutschland erhältlich sein - also um 9 Uhr los zum Bürgerbüro West in Magdeburg; Ergebnis: bitte zur Ausländerbehörde in Magdeburg begeben - ohne jeden Hinweis auf erforderliche Unterlagen. Um 10.30 Uhr Ausländerbehörde: ein freundlicher Bür-

ger (ich) stellt sich ordentlich an dem mit dem Hinweis "Hier Verpflichtungserklärung" gekennzeichneten Schalter an, um nach wenigen Minuten an einen anderen Schalter verwiesen zu werden. Naja, kann passieren ...

Am zuständigen Schalter bekam ich nun einige Hausaufgaben: da ich im eigenen Haus wohne, sei ein Grundbuchauszug erforderlich, ein Nachweis der laufenden Kosten für das Wohnen und natürlich auch die Einkommensnachweise der letzten drei Monate. Eigentlich wollte ich unseren Besucher ja nicht kaufen, sondern lediglich eine Woche beherbergen.

Da man solche Unterlagen nicht ständig bei sich trägt, konnte ich unverrichteter Dinge nach Hause fahren, die Unterlagen zusammenstellen und kopieren, um 14 Uhr

wieder in der Ausländerbehörde vorstellig zu werden. Nach dreißig Minuten Wartezeit reichten freundlicherweise die Kontoauszüge mit dem Nachweis der monatlichen Belastungen aus - Grundbuchauszüge waren gar nicht notwendig - und sogar den Nachweis einer Auslandskrankenversicherung unseres Gastes brauchte ich nicht vorzulegen. Ein schöner Urlaubstag ging zu Ende, als ich das Formular (übrigens 20 EURO billig) am Abend nach England schicken konnte.

Da zwischen den einzelnen Aktivitäten genügend Freizeit verblieb, gingen mir einige merkwürdige Gedanken durch den Kopf. Hätte es vielleicht wesentlich weniger Aufwand gegeben, wenn Gareth mit der Fähre von Dover nach Calais gekommen wäre, von dort

aus ran an die deutsche Grenze und ein Schild "ASYL" hochgehalten, vielleicht noch etwas Rauschgift im Koffer, um die Sicherung des Lebensunterhaltes nachzuweisen? So hätte ich einen Tag Freizeit und 20 EURO gespart und er wäre ohne Probleme im Lande gewesen.

Auch eine legalere Methode zur Einsparung von Aufwand und Kosten habe ich zwischenzeitlich - selbstverständlich ohne Mithilfe der Ausländerbehörde - in Erfahrung bringen können: der betreffende Nicht-EU-Bürger braucht lediglich die Reservierungsbestätigung eines deutschen Hotels - nach Erhalt des Visums kann er diese problemlos stornieren, kommt trotzdem ins Land und kann machen, was er will

*Ralph Tyszkiewicz*

**Strategien, Wissen und Werkzeuge für eine progressive Unternehmensgestaltung**



**Individualsoftware zum Bruchteil der Gesamtkosten von Standardsoftware**

**Komplexitätsreduzierende Geschäftsprozessoptimierung - vom Konzept bis zur Realisierung**

**Mobil verfügbare Dienstleistungen - kürzere Reaktionszeit, schnellere Problemlösung, zusätzlicher Umsatz**

**Digitale Fabrik - Absicherung der Funktionsfähigkeit zu einem sehr frühen Zeitpunkt**

**IMS**  
INFORMATION MANAGEMENT - SOFTWARE

Institute for Manufacturing Strategies (IMS) GmbH - Sandtorstraße 23 - 39 106 Magdeburg  
Tel.: +49 (0) 391 / 544 86-19 220 - e-mail info@imgroup.de - Internet: http://www.imgroup.de

## Regierung will Sportförderung Ost streichen

In den neuen Ländern wird jeder Euro für Sportstätten benötigt. Die sportpolitischen Sprecher der Landesgruppe der CDU Sachsen-Anhalt im Bundestag und Landtag, Bernd Heynemann, Wigbert Schwenke und Dieter Steinecke kritisieren:

Der sogenannte Goldene Plan Ost soll aus der Sportförderung ganz herausfallen. Nach großen Ankündigungen und kleinen Taten folgt nun das Aus. Gerade in den neuen Ländern brauchen wir jeden Euro für die Sportstätten. Hier Investitionen zu kürzen, ist das falsche Signal. Bundesregierung und Sportminister Schily wollen die Sportförderung 2004 drastisch kürzen. Der Haushalt des Bundesministers des Innern steigt um 2 %, der Innenminister als Sportminister kürzt die Sportförderung um 15 % oder 22,8 Mio. Euro!

Über 60 Mio. Euro Nettoerlös bringt der Verkauf der 10-Euro-Silber-Gedenkmünzen anlässlich der

Fußball-Weltmeisterschaft 2006. Diese Mittel sollten dem Sport in den kommenden Jahren zugeführt werden für:

- die Erhöhung des Stiftungskapitals der Anti-Doping-Agentur,
- die Umsetzung des Leistungssportkonzeptes im Behindertensport,
- eine Stärkung der sportwissenschaftlichen Einrichtungen,
- eine konsequentere Nachwuchsförderung und mehr Dopingkontrollen,
- Förderung Sportstättenkonzept und "Goldener Plan Ost".

Über diese Mehreinnahmen verfügt der Bundesminister der Finanzen durch die Popularität des Sports. Einnahmen durch den Sport erzielen und gleichzeitig dem Sport die Mittel kürzen, ist infam. Die Sportpolitiker von Rot-Grün sind gefordert. Diese Mittel gehören dem Sport und nicht in das Säckel des Finanzministers. Die vom deutschen Sport als unter-

ste Schmerzgrenze genannten 71,5 Mio. Euro (140 Mio. DM) werden um 2,7 Mio. Euro unterschritten. Für die Stadien in Berlin und Leipzig sind keine Mittel vorgesehen, obwohl noch 74 Mio. Euro durch den Bund bereitzustellen wären. Trotz Anhebung der Investitionen im Spitzensport um 3,6 Mio. Euro bleibt der Haushaltsansatz um 13 Mio. Euro oder 30% unter dem von 1998!

So ist der Osten und speziell Leipzig auch für eine Olympiabewerbung 2012 nicht gerüstet.

*Bernd Heynemann, MdB  
Ausschuss Sport und Ehrenamt  
des Deutschen Bundestages*

*Wigbert Schwenke, MdL  
Sportpolitischer Sprecher der  
CDU Landtagsfraktion  
Sachsen-Anhalt*

*Dieter Steinecke, MdL  
Vorsitzender des  
Stadtsporthundes Magdeburg*



**Die CDU im Internet**

Das Bild oben zeigt die Internetseite des Landes, unten der Internetauftritt des CDU Kreisverbandes Magdeburg, auf dem auch der Elbkurier vertreten ist.

## Unser Kirmes-Kanzler will noch mal antreten - wofür?

Seit nunmehr fünf Jahren steht er in der Verantwortung für die Geschicke unserer Republik. Als er als 68er zu seinem Marsch durch die Institutionen antrat, um diese Republik zu verändern, glaubten wohl die Wenigsten, dass er mit seinen rebellierenden Jung-Genossen dreißig Jahre später die demokratisch gewählte Regierung eines in Freiheit wiedervereinigten Deutschland stellen würde. Aber der deutsche Wähler ist seiner Vorliebe für Überraschungen treu geblieben.

Fünf Jahre an der Macht - und nichts getan, was diese Republik zum Positiven hin hätte verändern können. Zwar verlieh ihm erst kürzlich - und eher verschämt denn stolz - der Bund der deutschen Elektrotechniker die Verdienstmedaille 2002 (hatte er es doch als erster Kanzler nach dem Krieg geschafft, Deutschland vollends zu isolieren!), doch weder in der Wirtschafts- noch Finanzpolitik, weder in der Familien- noch Sozialpolitik haben er und seine

Regierungsmannschaft sich den Aufgaben gestellt, geschweige denn gelöst.

Statt dessen wurden Kommissionen eingesetzt, Organisationen umbenannt und - der Opposition Konsensgespräche angeboten. Der Jurist Schröder kennt die Verfassung - aber er pfeift auf sie. Wie er seine Verantwortung kennt, die er leugnet. Noch im Ohr klingen die Verkündungen des "gemeinsamen" gesundheitspolitischen Konzeptes, paraphiert in einer Nacht, von der Horst Seehofer im kleinen Kreis behauptete, es sei eine seiner schönsten Nächte gewesen (armer Kerl): "Wir sind mit diesem Konzept zufrieden, dessen gute und brauchbare Regelungen aus unserer Feder stammen, und dessen unsoziale Auswirkungen wir den Vorschlägen der Opposition nicht nehmen konnten". Mit solchen Menschen muss man sich an einen Tisch setzen, zum Fingerhakeln vielleicht; aber im Grunde ist es besser, man kennt ihn

gar nicht erst. Nun ist er aber durch des Wählers unerforschlichen Wahlschluss Kanzler. Deshalb sollte man mit ihm, wann immer er darum bittet, sprechen. Wie leicht können aus einem Gefühl der Vereinsamung Frustrationen und daraus wieder Aggressionen entstehen. Schon als friedlicher Kanzler ist er kaum auszuhalten. Unvorstellbar aber ein aggressiver Kanzler. Deshalb: redet mit ihm, wenn er dazu das Bedürfnis hat! - Nichts anderes muss unser Ministerpräsident, immerhin Professor der Medizin, im Sinn gehabt haben, als er seinen Kollegen (im Ministerpräsidentenamt) riet, auf den Vorschlag des Kanzlers - insoweit - einzugehen. Keinesfalls kann unser Ministerpräsident gemeint haben, dass mit diesem Kanzler Mauschelrunden unter Ausschluss der Öffentlichkeit und vorbei am Parlament im Stile eines verfassungsmäßig eben nicht vorgesehenen Runden Tisches sich die Opposition über denselben ziehen lässt, und damit des Kanz-

lers Sorgen ebenso beseitigt wie seine Verantwortung.

Unser Ministerpräsident weiß um das Recht der Bürger um Teilhabe am Konflikt, an der Diskussion um den richtigen Weg, an der Offenlegung von Verantwortung. Soll das Parlament sich fetzen - um wesentliche Fragen, statt sich um die dritte Stelle hinter dem Komma einer Prognose zu verstecken. Mögen die Parteien polarisieren, um zu verdeutlichen, statt dass sie sedieren, damit ihnen auch fürderhin kein Leids geschieht. Dieser Kanzler möchte eine Nachwächterrepublik, damit er im Dunkeln weiter munkeln und den geliebten Medien den Ton, seinen Ton, angeben kann: Als wenn es heute irgendjemanden interessiert, verkündet er nach fünf Jahren Nullsummenspiel: Er tritt zur nächsten Wahl (in drei Jahren) noch einmal an, gemeinsam mit Joschka Fischer, dem einzigen Menschen auf der Welt, der Hunger, Waldsterben und Klimakatastrophe auf einem Gesicht vereint.

*Ernst-Ulrich Pfeifer*

## Kommunalpolitische Interessen bündeln

### Herbert Becker gründet in Magdeburg eine KPv

Die kommunalpolitische Vereinigung der CDU Magdeburg wird aktiv. In der Versammlung interessierter CDU-Mitglieder am 27.08.2003 haben sich spontan sieben Personen bereit gefunden, die Arbeit eines Vorstandes zu übernehmen. In einer noch einzuberufenen Mitgliederversammlung stellen sich zur Wahl und sind bereits jetzt als "vorläufiger Vorstand" im Einsatz:

Vorsitzender: Herbert Becker  
 Stellv. Vorsitzender: Hubert Salzborn  
 Schatzmeisterin: Silke Gebert  
 Beisitzerin: Silke Buschmann  
 Beisitzer: Michael Otto  
 Beisitzer: Reinhard Stern

Wir stellen uns den Themen in der Landeshauptstadt, wir planen Veranstaltungen mit Rederecht. Ganz

besonders werben wir um weitere Mitglieder, die den Grundsätzen der CDU aufgeschlossen oder vielleicht schon Mitglied der CDU sind. Ein großer Mitgliederkreis sichert ein breites Spektrum an Kenntnissen regionaler Ereignisse und Probleme.

Mit uns arbeiten und sind im Vorstand vertreten führende Mitglieder der CDU-Ratsfraktion. Damit wirken langjährige Erfahrung und die Möglichkeit der Beratung im Rat zur Unterstützung angestrebter Ziele für uns. Die konstituierende Mitgliederversammlung ist für Mitte Oktober geplant.

Interessenten wenden sich bitte an.

Herbert Becker  
 Hegelstr. 23, 39104 Magdeburg  
 Tel. 0391 6215964  
 Fax 0391 6215964  
 Email: Herbert-Becker@gmx.de

Am 5. November 2003 findet ab 19.00 Uhr eine gemeinsame Veranstaltung des kpV Landesverbandes Sachsen-Anhalt mit dem kpV Kreisverband Magdeburg im InterCity Hotel am Hauptbahnhof Magdeburg statt. Thema: Wirtschaftliche Betätigung der Kommunen.

Inhaltlich soll es unter anderem auch darum gehen, dass die wirtschaftliche Betätigung der Landeshauptstadt keine Konkurrenz zu den ansässigen Betrieben ist. Frau Dött, Mitglied der CDU-Fraktion im Deutschen Bundestag referiert. Eine breite Diskussion ist erwünscht.

*Herbert Becker*

## Abgeordnete im Städtischen Klinikum

Vor einigen Wochen besuchten unsere Abgeordneten das Städtische Klinikum Magdeburg in Magdeburg-Olvenstedt.

Sie informierten sich im Gespräch mit dem Betriebsleiter Herrn Knut Förster, der Chefärztin Dr. Barbara Knittel und der Pflegedienstleiterin Anke Trey über die Arbeitsbedingungen im neuen Bettenhaus 1 und im OP-Neubau (Funktionsgebäude), die am 21. März 2003 eröffnet wurden. Die operativen Fachrichtungen der Krankenhäuser Altstadt

und Olvenstedt finden nunmehr am Standort Olvenstedt im Neubau des Funktionsgebäudes und des Bettenhauses ihre neue Heimat.

Knapp 1500 Mitarbeiter betreuen in den beiden Krankenhäusern Altstadt und Olvenstedt jährlich 26.000 stationäre PatientInnen. Die Planungen für die Neubauten Funktionsgebäude und Bettenhaus 1 begannen 1998, Baubeginn für das Funktionsgebäude war am 19. April 2000, für das Bettenhaus 1 am 11.05.2001.



Betriebsleiter Knut Förster vor dem Verbindungsgebäude. Gegewärtig entsteht vor dem bestehenden Bettenhaus das zukünftige Bettenhaus 2 für die Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie, dessen Inbetriebnahme für 2005 vorgesehen ist. Das bestehende Bettenhaus wird bis 2006 umfassend saniert.  
 Foto: Stephan Richter

## "Lehrer sind faule Säcke"

...wusste unser Urlaubs-Kanzler zu berichten, denn es schien ihm populistisch. Was Lehrer heute wirklich leisten - und leisten können müssten - wird schamhaft verschwiegen. Bedeutete es doch, einem Großteil der Elternschaft zu attestieren, dass sie die vornehmste Aufgabe als Eltern nicht, oder nur unzureichend erfüllen. Dass ich nicht missverstanden werde: Dieses ist nicht vor allem eine Frage des Geldes, sondern der Einstellung, der Führung durch ein Beispiel an Haltung (und Verhalten), der gelebten Liebe zum eigenen Kind, dem Wärme und Zuneigung ebenso wichtig sind wie das Aufzeigen von Grenzen und das gemeinsame Erarbeiten von Zielen.

Vor noch einiger Zeit hielten wir uns viel auf unsere kulturellen Errungenschaften zugute. Heute bezeichnen wir uns - zutreffender - als eine hochzivilisierte Gesellschaft. Wie es auch sei, verlernt haben wir, was dem Wolfsrudel noch wichtigster angeborener Trieb: Die Jungen bereit zu machen für die Welt, in der sie sich behaupten müssen.

Neben der Mehrzahl der Eltern versagt die Gesellschaft als Ganzes, gefangen in einem Koordinatensystem von Werten, bei denen Spaß und Selbstverwirklichung, hier und jetzt, ganz oben auf der Skala stehen. Wir predigen Nachhaltigkeit, um unser Gewissen zu beruhigen, aber wir sind zu egoistisch und zu bequem, um in die Zukunft der Kinder zu investieren. Deutschland als Nation oder Staat ist für uns eine besondere Form der Lebensstandard-Versicherung, wir könnten auch "generalii" oder "AXA" heißen, Hauptsache, die Knete stimmt, die Wohlfahrt, die der Staat uns bietet. Wer immer sie auch erarbeiten mag.

Wenn wir erst begreifen werden, was wir angerichtet haben, wird es zu spät sein. Unsere Kinder werden uns dann den Spiegel vorhalten - und wir werden uns wundern, welche Fratzen wir erschauen, und uns wird schauer...und wir werden mit dem Kanzler sagen: "Die Lehrer waren faule Säcke!", nur glauben werden wir es selbst nicht mehr.

*Ernst-Ulrich Pfeifer*

## KAS: Weniger Staat und mehr Eigenverantwortung

Mit einem Grundsatzpapier zum **"Aufbruch in die Bürgergesellschaft"** will die Konrad-Adenauer-Stiftung einen umfassenden Umbau von Staat und Gesellschaft initiieren. Deutschland könne sich unter den Bedingungen der Globalisierung nur behaupten, wenn die "Fundamente unseres Staatswesens, Freiheit, Verantwortung und Subsidiarität" wieder freigelegt würden, sagte der Stif-

tungsvorsitzende Bernhard Vogel bei der Präsentation des Papiers am Donnerstag in Berlin. Der Weg vom "Versorgungsstaat zur Bürgergesellschaft" sei unumgänglich.

Kuratoriumsmitglied Christoph Stölzl hob hervor, dass das Grundsatzpapier eine dringend notwendige gesellschaftliche Neuorientierung anstoßen wolle, und zwar unabhängig von Finanzen und parteipolitischen Querelen. Der frühere Berliner CDU-Vorsitzende mahnte, die Bürger hätten sich daran gewöhnt, die "Daseinsvorsorge" ganz dem Staat zu überlassen. Dabei hätten sie ihn "in eine tiefe Krise" gestürzt, da der Versorgungsstaat zum einen nicht mehr finanzierbar sei und zum anderen einen riesigen bürokratischen Aufwand verursache. Daran seien die Regierungen, Parteien und Interessenverbände jedoch nicht unschuldig. Notwendig sei deshalb ein "neuer Geist", forderte Stölzl.

Der Staat müsse sich wieder auf seine "originären Aufgaben" konzentrieren, wie die Gesetzgebung sowie die Bewahrung der inneren und äußeren Sicherheit. Ansonsten dürfe er nur noch Hilfe zur Selbsthilfe leisten. Da der Staat allerdings "aus eigenem Antrieb nichts von seiner

Macht" abgeben werde, müssten sich die Bürger ihren "Freiraum" selbst zurückholen. Dennoch müsse auch der Staat Anreize zu mehr Eigeninitiative schaffen und vor allem die gesetzlichen Rahmenbedingungen entsprechend anpassen. Mehr "Flexibilität und Mobilität", Abbau von Bürokratie und eine "allgemeine und spürbare Senkung der Steuertarife" seien entscheidende Voraussetzungen für die Entstehung einer aktiven Bürgergesellschaft. Zudem brauche Deutschland eine neue Gründerkultur mit erfolgreichen Unternehmern als "Humus" einer "dynamischen Wirtschaft". In diesem Zusammenhang müssten auch die Rechtsformen der Stiftung und der Genossenschaft eine stärkere Bedeutung erfahren.

Des Weiteren schlugen die Autoren das aus der amerikanischen Diskussion bekannte Modell der "Corporate Citizenship" auch für Deutschland vor. Dahinter verbirgt sich die Idee, dass sich Unternehmer und Unternehmen an "der Finanzierung von Gesellschaftsaufgaben durch Spenden oder durch Sponsoring" beteiligen. So könnten die Schulen und Hochschulen, aber auch andere kulturelle und sportliche Einrichtungen,

finanziell besser ausgestattet werden und eine größere Unabhängigkeit von den "unberechenbaren Budgetzyklen der öffentlichen Haushalte" erfahren. Vor allem sei es notwendig, dass "der Staat die Schulen in wesentlichen Bereichen in die Selbständigkeit" entlasse.

Auch die Gemeinden müssten als "Grundeinheit gesellschaftlich freierheitlichen Handelns" gestärkt werden. Derzeit seien die Kommunen "ihrer Mission entfremdet", da sie die Missstände der Staatspolitik zu bewältigen hätten. Auch im Hinblick auf die Europapolitik seien starke Kommunen von Nutzen, um "Zentralismus, Bürokratismus und Regelungswut" zu verhindern. Bei all diesen Zielen handle es sich jedoch nicht um abstrakte, theoretische Forderungen, sondern um "konkrete politische Aufgaben". Deshalb haben die Autoren am Ende jedes Kapitels klare Arbeitsaufträge formuliert. Erstellt wurde das Grundsatzpapier von einem Kuratorium der Konrad-Adenauer-Stiftung unter dem Vorsitz von Altbundespräsident Roman Herzog. Ihm gehören namhafte Vertreter aus Politik, Gesellschaft, Wissenschaft und Kultur an.

Bernhard Sarve

### Neue Verkehrsführung im Süden erforderlich

Durch die Etablierung und Festigung von Firmen im Süden Magdeburgs, speziell auf dem ehemaligen Gelände des SKL und SKET ist in diesem Bereich die Industrie verstärkt ansässig. Allein auf dem Gelände des ehemaligen SKL sind über 70 Firmen beheimatet. Hierdurch ergibt sich ein hohes Aufkommen an Transportvolumen vor allen neben der Schiene auch auf der Straße.

Durch die Fertigung von großen Teilen für Windkraftanlagen auf dem ehemaligen SKET Gelände ist das Transportaufkommen sehr gestiegen, der auf dem vorhandenen Verkehrsstraßennetz, vor allem auf der Schilfbreite und Kirchweg, stattfindet.

Um den dortigen Industriestandort zu halten bzw. den Betrieben eine vernünftige Perspektive von Seiten der Stadt zu bieten, macht sich ein Umverlegen der B71 in dem Bereich notwendig. Unabhängig von der Erweiterung des Fluglandeplatzes.

Im Zuge der gesamten Überarbeitung der Bahnanlagen durch die Bahn AG, die in diesem Bereich mehrere Millionen Euro verbaut, wäre eine Überarbeitung und Anpassung der Straßenführung mehr als vorteilhaft. Hierzu muss sich aber die Stadt kurzfristig bekennen, da noch bestimmte Planungsvorarbeiten der Bahn Ihre Zeit benötigen. Die Anbindung des südlichen Stadtkomplexes wäre dadurch nicht nur ein Plus für die dortigen Firmen, sondern auch für die Bewohner eine zusätzliche Lebensader.

Gerhard Häusler

## Herzliche Glückwünsche



### Juli

Rosemarie Arndt zum 76. Geburtstag  
Georg Günther zum 71. Geburtstag  
Elmar Huschenbett zum 67. Geburtstag  
Karl von Huelsen zum 67. Geburtstag

### August

Josef Danisch zum 88. Geburtstag  
Eva Burkart zum 77. Geburtstag  
Günter Wedler zum 74. Geburtstag  
Rudolf Evers zum 70. Geburtstag  
Sigrid Hartung zum 67. Geburtstag  
Irmgard Oeltze zum 67. Geburtstag  
Dr. Klaus Mildner zum 65. Geburtstag

### September

Elisabeth Brandt zum 83. Geburtstag  
Helmut Trebs zum 82. Geburtstag  
Luzie Kreutzer zum 81. Geburtstag  
Dr. Alfred Jumar zum 79. Geburtstag  
Dr. Joachim Graf zum 76. Geburtstag  
Josef Jirka zum 70. Geburtstag

## E-Government - Missverständnisse kosten viel Geld!

In den vergangenen Monaten sind viele Studien zur Umsetzung von E-Government durchgeführt worden. So unterschiedlich die Untersuchungsgegenstände auch waren, es herrscht Einigkeit darüber, dass Bundes- wie Länderverwaltungen nach wie vor erhebliche Defizite bei der Umsetzung internetbasierter E-Government-Projekte haben.

Auf den Punkt gebracht werden drei wesentlichen Defizite herausgearbeitet: zu technologiebezogen, zu wenig integriert und kaum prozessorientiert.

### Hohe Technologiebezogenheit:

Im Vordergrund vieler Initiativen steht nicht die Bürgerzentrierung oder die Digitalisierung der Prozessketten, sondern die Erweiterung bestehender Infrastruktur um optisch ansprechend gestaltete Internetmasken. Der dazu notwendige Ausbau veralteter Mainframe-Architekturen führt zu großen Einmalinvestition und zu höheren laufenden Kosten, ohne eine signifikante Kostenreduzierung zu realisieren.

Der Bürger kann zwar immer mehr PDF-Dateien im Internet herunterladen, muss diese aber manuell ausfüllen. Eine prozessplausibilisierte, vollständige Abwicklung einfacher Behördengänge ist nicht realisiert. Eine zentrale Bestandssicht des Bürgers auf alle seine aktiven Serviceprodukte bleibt Utopie.

### Fehlende Integration:

Bürgerbüros stehen für die Bürgernähe der Kommunen mit dem Ziel, mehrere Behördengänge auf einmal durchzuführen. In der Praxis dauert die Bearbeitung von Standardvorgängen trotzdem dreimal solange wie nötig, da die Mitarbeiter mehrere Verfahren aufrufen müssen, die unterschiedliche Bedienerkonzepte haben, technisch völlig veraltet sind. Stammdaten müssen immer wieder von neuem manuell eingetippt werden. Dokumente müssen vorgelegt werden, obwohl in

anderen, vorhandenen Applikationen die Gültigkeit bestätigt wird.

Die von den Herstellern favorisierten Systemweiterentwicklungen potenzieren das Problem, da eine Ablösung unmöglich wird und die viel zu hohen Aufwendungen für Wartung und Betrieb der Systeme nicht reduziert werden können. Neuere Organisationskonzepte, wie z.B. die Zusammenarbeit rechtlich selbständiger Organe (engl. Collaboration) sind technisch gar nicht erst vorgesehen.

Warum soll nicht die Stadt Magdeburg zentral für (Mittel-) Deutschland die internen Dienstleistungsprozesse "Personalausweis ausstellen" erbringen und damit Skaleneffekte durch einen optimalen Mitarbeiter- und Technologieeinsatz nutzen können? Heute leisten sich Magdeburg, Halle, Leipzig und Dresden jeder für sich Sachbearbeiter, die diese Aufgaben wahrnehmen. Bei unterkritischer Besetzung kommt es dann schnell in Krankheitsfällen oder Urlaubszeiten zu Kapazitätsproblemen bei der Bearbeitung.

### Fehlende Prozessorientierung:

"Erst einmal einen Antrag auf Erteilung eines Antragsformulars zur Bestätigung der Richtigkeit des Durchschriftexemplars ...!". Der Song von Reinhard Mey stammt bereits aus den 70er Jahren und verdeutlicht das Problem eingefahrener Denkstrukturen.

Notwendig ist also die radikale Änderung der heutigen (technisch orientierten) Prozesse hin zu bürgerzentrierten Prozessen. Motto: Nicht der Bürger kommt zum Amt, sondern das Amt kommt zum Bürger! Warum soll nicht der Mitarbeiter des Bürgerbüros zu den Geburtsstationen der Krankenhäuser gehen, wo der Nachwuchs das Licht der Welt erblickt. Er erklärt den glücklichen Eltern das volle von der Verwaltung angebotene Lei-

stungsspektrum (inkl. Preisliste), nimmt direkt die "Bestellung" auf, geht zurück an seinem Arbeitsplatz, bearbeitet alles und bringt am nächsten Tag alles zu den Eltern ins Krankenhaus.

**Der Vorteil:** alle Anmeldungen (ämterübergreifend) werden durchgeführt, alle Dokumente ausgehändigt, alle Änderungen (z.B. Kinderfreibetrag) vollzogen. Gleichzeitig entfallen unnötige Telefonate, Amtsgänge, Wartezeiten, Rechnungsstellungen, Abbrüche aufgrund fehlender Dokumente. Weder ein zusätzliches EDV-System, noch die Ausweitung der Öffnungszeiten ist notwendig. Erfolgreiche Dienstleistungsunternehmen machen es vor, dass es geht.

### Gutes muss nicht teuer sein!

Die Realität ist erschreckend: im Rahmen der Bund-Online-2005 Initiative der Bundesregierung sollen bis zum Jahr 2005 mehr als 350 Dienstleistungen online

verfügbar sein. Investitionen von 1,65 Mill. Euro sind geplant. Jedes dieser Projekte kostet ca. 4,7 Mio. Euro. Eine Vereinfachung der Prozesse und der vollständige Wegfall der Medienbrüche, die den wirklichen Fortschritt der Digitalisierung ausmachen? Fehlanzeige!

Es liegt an den handelnden Politikern und Beamten dieses Landes, die knappen Mittel effektiver einzusetzen. Bei regionalen Initiativen könnte man mit der Vergabe an innovative sachsenanhaltinische Unternehmen einen wesentlich höheren Nutzen erzielen. Die Vergabep Praxis, Großunternehmen aufgrund einer langen Referenzliste mit Lösungen der Vergangenheit zu bevorzugen, birgt die Gefahr, weiterhin viel Geld für wenig Nutzen auszugeben und gehört auf den Prüfstand.

*Claudius Borgmann,  
Geschäftsführer der Institute for  
Manufacturing Strategies GmbH*

**harzdruckerei**  
wernigerode

**BEI DRUCKEN**

max-planck-straße 12/14  
38855 wernigerode  
fon 0 39 43/54 24 - 0  
fax 0 39 43/54 24 - 99  
mail info@harzdruck.de  
net www.harzdruck.de

## CDU-Kreisverbände Braunschweig und Magdeburg erinnern an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953



Vertreter der CDU Braunschweigs und Magdeburgs legten am 19. Juni am "Platz des 17. Juni" Kränze zum Gedenken an den Volksaufstand nieder. Fotos: Stephan Richter

Gewiss war der Volksaufstand eine spontane Erhebung, ausgelöst letztlich durch die Normerhöhungen, die angesichts der dramatisch schlechten Versorgungssituation noch zusätzliche Lohnneibußen bedeuten sollten. Der Volksaufstand war jedoch auch ein Zeichen des bewussten Widerstandes gegen ein stalinistisches Regime. Politische Häftlinge wurden befreit, eine andere Regierung wurde gefordert. Auch wenn der Aufstand schnell niedergeschlagen wurde, so war er doch ein über Jahrzehnte bewahrtes Zeichen des Widerstandes gegen eine kommunistische Diktatur.

Dabei erinnere ich daran, dass sich jeder fragen musste, ob er in den freien Teil Deutschlands gehen sollte, ob die innere Emigration seine rechte Lebensform sei oder ob man auch unter den Bedingungen der Diktatur ständig die möglichen Freiräume ausforschen sollte. So unterschiedlich die individuellen Entscheidungen waren, der 17. Juni ist für uns immer wieder Anlass über unser Engagement in und für die Gesellschaft nachzudenken. Und so führte dieser Gedenktag CDU-Mitglieder aus Ost und West zusammen, Biografien wurden ausgetauscht und

gemeinsames Handeln für die Zukunft vereinbart.

Es gibt immer wieder Entscheidungssituationen, denen man sich stellen muss" und so erinnere ich an Astrid Lindgrens Kinderbuch Bruder Löwenherz:

"Ich fragte Jonathan, warum er sich in eine solche Gefahr begeben müsse, ebenso gut könne er doch zu Hause am Fenster sitzen und es sich gut gehen lassen, aber da antwortete mir Jonathan, es gäbe Dinge, die man tun müsse, selbst wenn es gefährlich sei, aber warum bloß, fragte ich, weil man sonst kein Mensch ist, sondern nur ein Häuflein Dreck, antwortete er."

Heidemarie Mundlos, Kreisvorsitzende der CDU in Braunschweig und zugleich stellvertretende Fraktionschefin der CDU Landtagsfraktion im niedersächsischen Landtag, stellte in ihrer kurzen Ansprache heraus, dass der 17. Juni als die erste große Befreiungsaktion der ehemaligen DDR-Bürger zu verstehen ist. Die Bürger bezogen Protest



gegenüber der vorherrschenden Unterdrückung, Bespitzelung und Diffamierung. Zugleich war der Aufstand die erste Massenerhebung im Machtbereich der sowjetischen Besatzungszone, an der sich landesweit 1 Million Menschen beteiligten.

Heidemarie Mundlos betonte,

"dass dem Anliegen des 17. Juni 1953 erst nach 40 Jahren, mit der Wiedervereinigung Deutschlands, entsprochen werden konnte. In diesem historischen Ereignis fand der Aufstand endlich sein gutes Ende. Der 17. Juni mahnt uns dazu, nie zu vergessen, dass wer echten Frieden in der Welt und unter den Völkern bewirken will, den Charakter, die Freiheit, die Menschenwürde und die Selbstbestimmung eines jeden Volkes respektieren und beachten muss." Ihre Rede beendete Sie damit, indem Sie daran erinnerte, "dass der 17. Juni 1953 ein Vermächtnis darstellt und zugleich den Auftrag an uns alle beinhaltet, gemeinsam dafür zu sorgen, dass Deutschland eins ist und bleibt."

Im Anschluss an die Kranzniederlegung besuchten die Kreisverbände gemeinsam die "Gedenkstätte für die Opfer politischer Gewaltherrschaft 1945-1989", ehemals das "Stasi-Gefängnis." Nach einem kurzen Imbiss und Gedankenaustausch mit den Gästen berichtete der

der "Otto-von-Guericke-Oberschule". Er berichtete über die sich im Vorfeld des 17. Juni 1953 entwickelnde Unzufriedenheit der Einwohner Magdeburgs. Er selbst erlebte, wie Ende März des Jahres 1953 in der Aula der "Otto-von-Guericke-Schule" vor versammelter Schülerschaft ein tribunalartiges Kesseltreiben gegen alle Mitglieder der evangelischen "Jungen Gemeinde" unter Leitung des Direktors Schurig veranstaltet wurde. In diesem Zusammenhang wurde die "Junge Gemeinde" als "Kampforganisation des westlichen Imperialismus gegen die FDJ" bezeichnet.

Am 17. Juni 1953 verfolgte er unmittelbar den Sturm der Demonstranten auf das damalige Polizeipräsidium in der Leipziger Straße bis zu dem Zeitpunkt, an dem russische Soldaten ihre Gewehre zum Einsatz brachten. Er entdeckte in dieser Situation zwei von Schüssen getroffene Menschen neben sich, eines davon ein Mädchen.

Am Tag darauf mussten er und seine Klassenkameraden einen Klassenaufsatz zum Thema: "Die Bedeutung der Deutsch-Sowjetischen-Freundschaft" erstellen. Diesem Mädchen widmete er vermutlich das Gedicht, dass er den Zuhörern zum Anschluss seines Vortrages vortrug. Letztlich ein Liebesgedicht gegenüber der gefallen Person, die sich durch ihren Einsatz für die Freiheit opfern ließ. So heißt es in einer Strophe:

**Der Tag war sonnig und heiß. -  
Ich habe Dich zum ersten Mal  
geküsst,  
mitten unter Tausenden.  
Du warst für mich all das,  
woran wir glaubten,  
in den Straßen der glücklichen  
Stadt -  
damals, im Juni.**

Kreisvorsitzender  
Jürgen Scharf, MdL

Zeitzeuge Joachim Rinke über das Ausmaß des 17. Juni 1953 in Magdeburg. Sichtlich bewegt verfolgten die Zuhörer den Inhalt seines Vortrages.

Joachim Rinke war zum Zeitpunkt des Aufstandes 17 Jahre alt und Schüler der 11. Klasse

## Gesundheitstage im City Carrè Magdeburg - erfolgreich für Unternehmen und interessant für Besucher

Als einen Bestandteil des Clustermanagements Gesundheitswirtschaft bot die städtische Wirtschaftsservice-Gesellschaft

GWM einer Reihe von Unternehmen der Branche aus der Stadt Magdeburg und dem Umland die Möglichkeit, sich während der Gesundheitstage auf einem Gemeinschaftsstand im City-Carrè zu präsentieren.

Manch ein Besucher des Gemeinschaftsstandes erfuhr hier erstmals, dass mit der Firma Carl Hoernnecke GmbH in der Stadt Magdeburg ein Produzent von Rheuma- und Venenmitteln ansässig ist und es gab viele Nachfragen, wo diese Produkte erhältlich sind.

Auch die Schulte-Derne GmbH aus Magdeburg konnte ihre Kompetenz als hiesiger Anbieter von Reha-Systemen, Medizintechnik und Hilfsmitteln erfolgreich darstellen.

Über ein ganz anderes Thema informierte die "AG zu Hause mobil & vital MOVIT 50+", ein Netzwerk von Unternehmen aus dem Landkreis Schönebeck und dem Bördekreis.

Wer macht sich als jüngerer Mensch schon ernsthaft Gedanken, wie und mit welchem Aufwand er sich später im Alter möglichst lange ein selbstbestimmtes Leben in der gewohnten häuslichen Umgebung sichern kann? Bei der AG konnten die Besucher eine Reihe von Denkanstößen und Anregungen erhalten, ebenso viele Informationen über neue Lösungen und technische Hilfen. Mit der Gang-Way GmbH - einem Anbieter von Lösungen für das Leben ohne Hindernisse - und der Firma Jelovital - Dorween Jelowik (gesundheitsfördernde Produkte sowie medizinische und technische Gase) waren zwei Unternehmen aus Langenwed-

dingen präsent.

Nicht zuletzt informierte auch die regionale Niederlassung von EuroMed Kurreisen über ihr Angebot von Kuren verschiedenen Kurorten im In- und Ausland. Der regionale Mix von Ausstellern am Gemeinschaftsstand wurde gewählt, weil viele Besucher des City-Carrè eben auch aus der Region Magdeburg kommen und letztendlich die Gesundheitswirtschaft regional betrachtet werden muss.

Auf den Magdeburger Gesundheitstagen konnten die regionalen Unternehmen ihre Leistungsfähigkeit überzeugend darstellen. Und dieses Angebot wurde von den Einwohnern der Region Magdeburg sehr positiv angenommen. Dies ist jedenfalls das Fazit der Aussteller, das sie in Auswertung des Besucherinteresses zogen.

Das Thema Gesundheit ist ein Dauerthema - nicht nur im Anbetracht der gegenwärtigen Diskussionen über die Zukunft des Gesundheitswesens in Deutschland. Jeder ist und wird mit Fragen des Erhalts oder der Wiederherstellung der Gesundheit konfrontiert und was er selbst dafür machen kann.

Daher findet das Thema seine Fortsetzung im April 2004 auf der Magdeburger Messe "Leben 2004". Diese Messe erhält im Ergebnis der Zusammenarbeit der GWM und der Messgesellschaft den neuen Schwerpunkt Gesundheit mit einem interessanten Rahmenprogramm, welches vielfältige Informationen zu diesem Thema für die Besucher bieten wird.

*Ralph Tyszkiewicz  
Geschäftsführer*

## Eigenverantwortung für Prävention

Die Anhörung am 21. 5. von Sachverständigen zur Bedeutung der Prävention durch Bewegung und Sport hat die Stellung des Sports deutlich gestärkt. Unsere Bürgerinnen und Bürger müssen sich mehr bewegen und gesundheitsbewusster verhalten, sonst droht den Krankenkassen eine Kostenlawine, die sie nicht schultern können.

Nur 13 % aller Deutschen bewegen sich so viel, dass ein präventiver, gesundheitsfördernder Effekt erreicht wird. Die Zahl der übergewichtigen Kinder hat sich in den letzten 10 Jahren verdoppelt. Herz-Kreislaufkrankungen, Bluthochdruck, Gelenkverschleiß, Abnahme der motorischen Leistungsfähigkeit und Zunahme der psychosomatischen Erkrankungen und Haltungsschäden haben erschreckende Dimensionen angenommen.

Zweifel kamen auf, ob durch ein Präventionsgesetz allein Abhilfe geschaffen werden kann. Wichtig sei die Stärkung der Eigenverantwortung des Einzelnen, der gesetzlichen Krankenkassen und aller für

Prävention Verantwortlichen, in eigener Verantwortung Maßnahmen zu veranlassen und für diese Mittel zur Verfügung zu stellen.

Wir sollten endlich handeln und den Bürgerinnen und Bürgern ein wohnortnahes, qualitätsgesichertes Angebot für mehr Bewegung machen.

Der Deutsche Sportbund hat mit der Bundesärztekammer ein umfangreiches Präventionsprogramm "Sport pro Gesundheit" aufgebaut, an dem 500.000 Personen teilnehmen. Der Sport sieht sich mit seinen Mitgliedsorganisationen in der Lage, dieses Angebot in den nächsten Jahren flächendeckend, qualitätsgesichert und kostengünstig für 5 Millionen Menschen bereitzustellen. Kosten für die Krankenkassen: 1,5 Euro pro Versicherten pro Jahr. Dieses Angebot wird langfristig die Krankenkassen entlasten.

Jeder einzelne muss erkennen, dass eine gesundheitsbewusste Lebensführung zu seinem eigenen Vorteil ist.

*Bernd Heynemann, MdB*

Schlafen Sie sich gesund!



### Wasserbetten auf zwei Etagen

Darüber hinaus führen wir  
TEMPUR-Matratzen und -Kissen.

Herzlich willkommen in unserem Studio  
oder im Internet.



39130 Magdeburg • Weizengrund 2  
Telefon 0391 722233 • [www.wasserbetten-r-w-m.de](http://www.wasserbetten-r-w-m.de)

# RCDS geißelt Hochschulreform wegen Willkür und Planwirtschaft

Im Landtagswahlkampf gab es nur ein Ziel: Prof. Böhmer und die Union müssen das Land regieren. Im Wahlkampf war auch von mehr Planungssicherheit, mehr Autonomie für die Hochschulen die Rede, von überproportionaler Förderung. In bunten Broschüren war zu lesen, wie wichtig die Gewinnung von exzellenten Hochschullehrern sei - und jetzt haben wir einen Berufungsstopp für Professoren? Leider ist das nicht der einzige Punkt, der mich als gewählten Vertreter der Studenten des Landes dazu bringt, öffentlich Kritik zu äußern.

Im Laufe des Planungsprozesses wurden kurze "Planungsanstöße" des Kultusministeriums immer weiter zentriert, standen gleichsam als Ziel fest, statt einen die Eigendynamik befördernden Prozess in Gang kommen zu lassen.

Die Situation der Hochschulen ist nicht zuletzt darauf zurück zu führen, dass sich die Hochschulen des Landes schon immer mit dem Kultusministerium abstimmen und jede Berufung genehmigen lassen mussten. Warum soll dieser Weg denn in Zukunft erfolgreicher sein?

Wir vom RCDS hätten erwartet, dass es sehr viel grundsätzlicher zur Sache geht, als sich nur um Verteilungskämpfe zu kümmern. Leider haben weder die CDU-Landtagsfraktion noch die ministeriellen Stäbe die tiefe Vertrautheit mit dem Thema, die nötig wäre, um vernünftig zu entscheiden. Es fehlt schlicht an Kreativität und Mut.

Der Grundsatz jeder Hochschulpolitik müsste lauten: Hochschulen müssen dem Teil der Jugend, der willens ist und der es leisten kann, hohe Bildung vermitteln. Ergebnisse der Wissenschaften müssen darüber hinaus den Unternehmen zur Verfügung stehen und damit für neue Arbeitsplätze dienlich sein.

Alle anderen Argumente ordnen sich dem unter und sind auf diesen Grundsatz hin zu überprüfen.

Grundsätzlich sollte es daher für alle Seiten, jedem einzelnen Studenten, Wissenschaftler und Bürger, rational sein, nach mehr Output, sprich Absolventen und Forschungsleistungen, zu streben.

So verteidigten wir auch den Abschluss der Zielvereinbarungen

mit Aussicht auf den Globalhaushalt, sahen einen mutigen Schritt, dessen positive Wirkung nur durch die Unklarheit über den "Investitionsfond" und gewisse "Effizienzkriterien" getrübt war.

Dabei hätte der Weg über die Zielvereinbarungen und Globalhaushalte und die damit verbundene (völlige) Autonomie der Hochschulen dazu geführt, die Strukturen aufzubrechen und zu hoher Effizienz und Leistung zu gelangen. Die Hochschulen hatten sich sehr wohl damit abgefunden, zehn und mehr Prozente einzusparen, überall wurde intern überlegt, wie sich Hochschulen entwickeln müssen, bis man plötzlich erschreckt feststellte, dass die versprochene Freiheit nur ein Manöver war, um sich noch mehr Spielräume zur "Strukturveränderung" zu sichern.

Logisch wäre hier gewesen, dass die Hochschulen einen Korridor von 2 oder 3 Jahren bekommen, um sich selbst zu reinigen, selbst zu kooperieren. Dann hätte man immer noch feststellen können, ob die Mechanismen der Hochschulen funktionieren. Warum wurden darauf hin ohne echte Akkreditierung der Hochschullandschaft Plänchen vorgelegt und versteift? Damit fehlte doch jede Grundlage für strategische Planung ohne genaue Kenntnis der qualitativen Lehreleistung.

Seit April versuche ich als offizieller und gewählter Vertreter der Studenten des Landes einen Termin im MK zu bekommen, um die Ideen der Studenten mitzuteilen und die Kritik persönlich vorzutragen - mittlerweile ist ein Gespräch auf den 1. Oktober angesetzt! Als Vertreter der Konferenz der Studierendenschaften des Landes wurden wir aber immerhin zu einem Gespräch mit Dr. Benz eingeladen, eine wirklich herausragende Persönlichkeit auf dem Gebiet der Hochschulpolitik. Dabei stellte sich heraus, dass er ausschließlich die Aufgabe hatte, die bescheidenen Planungsanstöße des Kultusministers mit den Rektoren auf ihre Umsetzbarkeit abzuklopfen. Auf meine Nachfrage sagte er, dass es nicht seine Aufgabe sei, die ideale Hochschullandschaft für das Land in 10 Jahren zu suchen ... eigentlich schade und ärgerlich. Mit ihm konn-

te man trefflich über neue Ideen sprechen, wie mehr Dynamik im Hochschulbereich entfesselt werden kann.

So vermisst man in allen Entwürfen etwas über Studiengebühren (ich als Studentenvertreter werde mich aber hüten, so etwas zu fordern), oder die von RCDS und Union Magdeburg geforderte länderübergreifende Zusammenarbeit zwischen Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt. Insgesamt ist Mangel an christdemo-



*Der RCDS ist aktiv mit zahlreichen Aktionen an den Hochschulen, wie hier zum "17. Juni". Im Bild von links: Claudia Isensee, Christin Menzel, Markus Münch, Christian Köhler, Christoph Schott.*

*Foto: Tobias Krull*

kratischen Grundsätzen: Mut zu Leistungswettbewerb und Eigenverantwortung haben unsere Gesellschaft nach vorn gebracht, nicht ministerielle Bürokratie; die Ergebnisse der Planwirtschaft sind uns ja hinreichend bekannt.

Ebenso leicht wäre es gewesen, den Hochschulen mehr Freiheiten einzuräumen, im Bereich der Stiftungen, Patente, im Fortbildungsbe- reich und auch sonst wirtschaftlich tätig zu werden, um sich auf eine eigene, staatlich unabhängige Basis zu stellen.

Lehrer, Musik und Sport aus Magdeburg abzuziehen, war von Anfang an der Wunsch aller "südlastigen" Gremien, sei es die Strukturkommission 1992, der Landesfachausschuss der Mannes der Frankeschen Stiftungen. Er hat sich schon erkennbar aus der unabhängigen Position seines Amtes manövriert, als ihm der Faux Pas am 12.03. mit der Berücksichtigung der angeblichen 350 abgebauten, besetzten Stellen in Halle passierte. Keine einzige Stelle

war abgebaut worden, sondern es wurde in eine landeseigene Gesellschaft überführt. Solche Täuschungsmanöver erzeugen an den übrigen Hochschulen eher Angst als Vertrauen in die Amtsführung.

Das einzig vernünftige Argument für die Verlagerung der 1000 Studienplätze inklusive Personal und Wirtschaftskraft nach Halle, war die höhere Abwanderung der Stadt Halle, die aber in regionaler Betrachtung (Einfluss Leipzigs und Umland) nicht als Argument taugen.

Eine solche Politik wird die Rivalitäten im Land sicher verstärken und die ausstehenden Bevorteilungen werden zu Neid und Demotivation führen. Der vordergründig intellektuelle Hinweis auf Schwerpunktbildungen an den vorhandenen "Clustern" kann nicht gelten, da es diese Schwerpunkte so längst nicht mehr gibt.

Halles Geisteswissenschaften sind für die Studenten so unattraktiv = wenig genutzt, dass potentielle Studenten aus Magdeburg wohl kaum den Weg dorthin finden. Ebenso Ingenieure in Magdeburg zu konzentrieren und daraus einen Schwerpunkt zu machen, ist aufgrund der bestehenden Strukturen völlig unerreichbar. Logisch wäre es eher gewesen, einen Schwerpunkt der Medizin aufzumachen; Hessen ist wieder Beispiel dafür; aber bei einer Entscheidung hätte Halle nicht gut ausgesehen.

Alle beteiligten Gruppen stört an den Plänen des Kultusministeriums diese Willkürlichkeit, die eher an Guts- herrenart erinnert als an nachvollziehbare Politik zum Wohle des Ganzen. Denn es ist keine Logik erkennbar, die hinter den strukturellen Planungen steckt. Und darüber hinaus hat man sich immer geziert, mit den betroffenen Gruppen zu reden, so dass der Geruch der Willkür stehen bleiben muss. Somit sind Widerstände die logische Konsequenz der nicht ausreichend informierten, betroffenen Gruppen. Ich setze nun auf den Mut und die Klugkeit der Abgeordneten.

*Christian Köhler  
Sprecher der KSSA (Konferenz der  
Studierendenschaften Sachsen-  
Anhalt)  
stellv. Vs. des RCDS Magdeburg*